

Die *Indianerkommune Nürnberg*

Kinderrechte – Antipädagogik – Pädophilie

In aktuellen Forschungen zur Pädophiliebewegung stößt man immer wieder auf die *Indianerkommune Nürnberg*. Diese vermeintliche Kinderkommune unter ihrem ‚Oberindianer‘ Ulrich ‚Ulli‘ Reschke fiel vor allem durch massive Störungen auf: Sie sprengte Veranstaltungen der Schwulenbewegung und pädagogische Fachtagungen, besetzte die Bundesgeschäftsstelle der *Grünen* und die Redaktionsräume der ‚taz‘ und organisierte zahlreiche Hungerstreiks, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Kernanliegen der *Indianerkommune* waren antipädagogische Forderungen, z. B. nach Abschaffung der Schulpflicht, sowie die Legalisierung pädosexueller Beziehungen durch die Abschaffung der §§ 174–176 StGB, die den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen unter Strafe stellten.¹

Auch wenn die *Indianerkommune* immer wieder Erwähnung findet, so bleibt sie doch ein zwar schillerndes, aber wenig greifbares Phänomen. Katharina Trittel und Jöran Klatt widmen ihr im Zusammenhang mit der umfangreichen Studie zur Pädophiliedebatte bei den *Grünen* gerade einmal zwei Seiten; daneben existieren nur einige publizistische Beiträge.² Ziel dieses Aufsatzes ist es daher zunächst, einen umfassenden Überblick über die Geschichte, Akteur_innen, Themen, Diskurse und Wirkmächtigkeiten der *Indianerkommune* zu liefern. Dazu wurden erstmals umfangreiche Archivalien von und über die Kommune sowie zeitgenössische Periodika ausgewertet.³ Nach einem Überblick über die organisatorische Entwicklung und personelle Zusammensetzung werden im Folgenden die Aktionsformen, das politische

1 Teilweise wurde auch die Abschaffung des § 173 StGB (Inzestverbot) gefordert. Dieser Beitrag entstand im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes *Zwischen der Enttabuisierung kindlicher Sexualität und der Entgrenzung von kindlicher und erwachsener Sexualität. Zur Rekonstruktion des Zusammenhangs von sexueller Liberalisierung, liberalisierter Erziehung, Pädophiliebewegung, Erziehungs- und Sozialwissenschaften der 1960er–1990er Jahre* an der Stiftung Universität Hildesheim unter Leitung von Meike Sophia Baader (BA 1678/5–1, Laufzeit: 01. 04. 2015–31. 03. 2017). Ich danke Meike Baader und Melanie Bühnemann für wertvolle Anregungen und hilfreiche Kritik bei der Erstellung dieses Beitrages.

2 Vgl. Trittel/Klatt 2015, S. 96 f.; Apin 2010; Wendt/Hein 2013; Füller 2015, S. 181 ff.

3 Der Artikel basiert auf einer systematischen Auswertung von ‚Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten‘, ‚Blatt‘, ‚Plärrer‘, ‚KOMM-Zeitung‘ sowie einzelner Beiträge in den Tageszeitungen ‚taz‘ und ‚Nürnberger Nachrichten‘. Bestände folgender Archive wurden genutzt: *Archiv des Schwulen Museums*, Berlin (ASM), *Archiv Grünes Gedächtnis*, Berlin (AGG),

Umfeld und die diskursiven Strategien der *Indianerkommune* in den Blick genommen. Dabei werden die drei folgenden Thesen diskutiert.

Erstens: Die Bedeutung der *Indianerkommune* ergibt sich nicht aus dem, was ihre Mitglieder taten oder erreichten, sondern aus den Reaktionen, die sie hervorrief. Dies zeigen vor allem die Auseinandersetzung mit ihr seitens politischer Gruppierungen und Teilen der professionellen Jugendhilfe und Pädagogik – und das trotz des oft feindseligen Auftretens der *Indianerkommune* diesen Gruppen gegenüber. Dies betrifft aber auch die anhaltende Attraktion, die die *Indianerkommune* auf bestimmte Jugendliche und – in geringerem Maße – Kinder auszuüben vermochte. Sie verweist damit auch auf die Notwendigkeit, die zeitgenössische Lebenssituation in Heimen und Familien kritisch in den Blick zu nehmen.

Die *Indianerkommune*, so die zweite These, war keine Kommune im landläufigen Sinn. Sie war vielmehr das Projekt sehr weniger erwachsener Individuen im Verbund mit einer wechselnden Zahl jugendlicher Ausreißer_innen, die zeitweilig in einer Nürnberger Hinterhofwohnung Unterschlupf fanden. Sie ähnelte mehr einer Sekte als einem politischen Kommuneprojekt.

Drittens schließlich forderte die *Indianerkommune* die weitgehende Abschaffung des Sexualstrafrechts und wird daher als Teil der Pädophiliebewegung begriffen. Allerdings argumentierte sie stets primär mit den (vermeintlichen) Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, nicht mit denen von Pädosexuellen als ‚unterdrückter‘ sexueller Minderheit. Damit stellte sie die prominenteste Vertreterin des Kinderrechtflügels innerhalb der Pädophiliebewegung dar.

Gründung und erste Jahre

Spätere Aussagen des Kommunengründers Ulrich Reschke datieren „erste Kommuneversuche“ um das Jahr 1973, tatsächliche Aktivitäten lassen sich jedoch erst vier Jahre später nachweisen.⁴ Der Frankfurter ‚Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten‘ meldete im Juni 1977, dass zwei Erwerbsloseninitiativen einen Gebäudekomplex in Heidelberg besetzt hätten, den sogenannten Engelblock in der Hauptstraße 67/69. Dort gäbe es auch die *Indianerkommune*, die sich um „Schüler- und

Stadtarchiv Nürnberg (StadtAN), Archiv für soziale Bewegungen in Baden, Freiburg (ASB). Ich danke allen Mitarbeiter_innen für ihre Unterstützung.

4 Ulrich Reschke: bitte um unterstützung für meine kandidatur zum neuen bundesvorstand der grünen, 1984, AGG, B. I. I., 37 (1); Schuster 1981. In einem undatierten Flugblatt von 1982 oder 1983 wird angegeben, dass die Kommune seit rund sechs Jahren existiere; Indianerkommune Nürnberg (im Folgenden IK): Kinderbefreiungsfront – Erziehung? Nein danke!, Flugblatt, o. J. [1982 oder 1983], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Subkultur überregional.

Ausreißerprobleme“ kümmern.⁵ Einige Tage später wurde der Engelblock polizeilich geräumt; die *Indianerkommune* hatte bis zuletzt im Gebäude ausgeharrt und mittels eines mehrtägigen Hungerstreiks erfolglos versucht, die Räumung abzuwenden oder Ersatzräume zu erzwingen.⁶

Bereits die ersten Meldungen über die *Indianerkommune* verdeutlichen einige wesentliche Grundzüge. Der Hungerstreik avancierte zu einem der beliebtesten Protestmittel; Konsumkritik, jugendliche Sexualität, Pädophilie als ‚Liebe zu Kindern‘ waren neben der Situation von Heim- und Ausreißerkindern die bestimmenden politischen Themen.⁷ Daneben sollte sich die Figur Reschkes als einzige Konstante erweisen. Nach einigen Adresswechslern innerhalb Heidelbergs erfolgte im Sommer 1978 der Umzug nach Nürnberg, wo die Gruppe schließlich in der Mittleren Kanalstraße 34 eine dauerhafte Bleibe fand.⁸

Wie es zur Namensgebung kam, ist unklar. Zwar legte ein Artikel im Nürnberger Stadtmagazin ‚Plärrer‘ nahe, dass dies als Ausdruck von Solidarität mit der amerikanischen Urbevölkerung zu verstehen sei, jedoch spielte internationale Solidaritätsarbeit für die *Indianerkommunard_innen* nie eine Rolle. Und so wurde im selben Artikel kolportiert, die Indianer seien beinahe ausgestorben, „weil die Weißen mit ihren Konsumverlockungen sie unterwandert haben. Sie setzten Zigaretten, Alkohol, Drogen, Gold, Missionare und schließlich Pädagogen ein, um uns [sic!] auszurotten.“⁹ Es fand also eine Projektion statt, der zufolge die Mitglieder der Kommune – und letztlich alle Kinder – von der Welt der Erwachsenen akut bedroht seien. Konsumgüter im Allgemeinen und Rauschmittel im Besonderen wurden daher ebenso abgelehnt wie jegliche pädagogischen oder sozialarbeiterischen Bemühungen. Die Indianermetapher rationalisierte eine konfrontative Beziehung zur Außenwelt und ließ die Kommune als zu verteidigendes Reservat erscheinen. Zur gleichen Zeit, im Sommer 1977, veröffentlichten italienische Jugendliche ein Manifest, welches sie mit *Indiani Metropolitani*, Stadtindianer, unterschrieben. Im Gegensatz zur Heidelberger und später Nürnberger *Indianerkommune* ging es den Stadtindianern jedoch um die Teilhabe an der modernen Konsumgesellschaft statt um radikalen Konsumverzicht. So forderten sie etwa Preisnachlässe in Kinos und Theatern oder die Legalisierung von Cannabis und LSD. Auch wenn einige Versatzstücke der Stadtindianer bei der *Indianerkommune* auftauchten – von der Kriegsbemalung bis zur Klage über die betonierte Umwelt –,

5 N. N. 1977.

6 N. N. 1977a. Vgl. Jansen in diesem Band.

7 Vgl. *Indianerkommune Heidelberg* 1978.

8 Die erste Mitteilung der *Indianerkommune* aus Nürnberg erfolgte am 18. Juli 1978, hier noch „vorläufig erreichbar in der Petzoldstr. 6“. Die Mittlere Kanalstraße lässt sich zum ersten Mal für Januar 1979 gesichert nachweisen. IK 1978; IK: Peter Schult liest, Flugblatt, o. J. [Dez. 1978], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, *Indianerkommune*.

9 Schuster 1981.

handelte es sich doch um unterschiedliche Phänomene.¹⁰ Die teilweise synonyme Verwendung beider Begriffe in heutigen Reflexionen führt daher in die Irre.

In einem Lebenslauf für seine Kandidatur als Bundesvorstand der *Grünen* im Jahr 1984 behauptete Ulli Reschke, wohl ironisch, dass ihm Mitte der 1970er Jahre die Mutter Gottes erschienen sei und ihn beauftragt hätte, „vier berüchtigte politische hauptforderungen für kinderrechte auf der welt zu verbreiten.“¹¹ Auch wenn die Wirklichkeit wesentlich profaner gewesen sein dürfte, so stand jedenfalls bis 1980 ein Katalog mit Forderungen, von denen vier als politische Hauptforderungen gelten können. Diese waren – hier zitiert nach einem beim Parteitag der *Grünen* 1980 in Dortmund verteilten Flugblatt:

- „1) abschaffung, das heißt ersatzlose streichung der §§ 173–176.legalisierung aller zärtlichen sexuellen beziehungen zwischen erwachsenen und kindern, die gewaltfrei sind und auf freier vereinbarung beruhen.wirksamere und eindeutigere §§ gegen vergewaltigung.
- 2. recht auf ausziehen von zuhause [ab] 12 jahren,egal wohin und mit wem [...] die möglichkeit in selbstbestimmten gemeinschaften zusammenzuleben ohne sozialarbeiter usw das recht auf ausgangsmöglichkeiten,egal zu welcher uhrzeit und wohin.recht auf übernachtung dwo die kinder wollen.ohne altersbegrenzung und überwachung [...]
- 3. abschaffung der schulpflicht.
- 4. abschaffung aller erziehungsheime“¹²

Dieses Programm blieb bis in die späten 1980er Jahre hinein unverändert und wurde unermüdlich wiederholt. Die erste Forderung fügte sich ein in den zeitgenössischen Diskurs um die weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts aufgrund der vermeintlichen Unschädlichkeit ‚gewaltfreier‘ und ‚einvernehmlicher‘ sexueller Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern.¹³ Während diese Forderung den Wünschen pädophiler Erwachsener Rechnung trug, bezogen sich die übrigen Forderungen auf die Autonomie und Rechte von Kindern und Jugendlichen. Ähnliche Forderungen waren teilweise bereits im Umfeld antipädagogischer Strömungen oder in Kampagnen gegen das Heimwesen seit den 1960er Jahren erhoben worden.¹⁴ Die Prominenz der

¹⁰ Zu den Stadtindianern vgl. Torealta 2007; Haumann 2011.

¹¹ Ulrich Reschke: bitte um unterstützung für meine kandidatur zum neuen bundesvorstand der grünen, 1984, AGG, B. I. I., 37 (1). Hier und in allen weiteren Zitaten wurden Orthografie und Grammatik des Originals beibehalten.

¹² IK: [Forderungen der Indianerkommune], Flugblatt, 1980, AGG, G.01 FU-Berlin, 6. Eine frühere Version des Katalogs mit leicht abweichenden Forderungen und Formulierungen findet sich in IK 1978.

¹³ Zur Dominanz der Opposition gewaltfrei/gewaltförmig siehe auch den Beitrag von Baader in diesem Band.

¹⁴ Braunmühl 1975; Kappeler 2011.

ersten Forderung und die Tatsache, dass dieser Katalog nie geändert und wohl auch nie kontrovers innerhalb der *Indianerkommune* diskutiert worden ist, widerspricht meines Erachtens einer Deutung der Kommune als einem Projekt „(fast) nur von Kindern für Kinder“, wie dies Trittel und Klatt vorgeschlagen haben.¹⁵ Nichts deutet darauf hin, dass diese Forderungen das Ergebnis (immer neuer) Diskussionen unter den wechselnden jugendlichen Bewohner_innen darstellten. Vielmehr dürften sie von den Erwachsenen der Gruppe, allen voran Reschke, festgelegt und im Folgenden nicht mehr zur Disposition gestellt worden sein.

So gesehen betrieb die *Indianerkommune* einen gehörigen Etikettenschwindel: sowenig in ihr ‚Indianer‘ wohnten, sowenig handelte es sich um eine Kommune; und allen Beteuerungen zum Trotz handelte es sich eben nicht um ein von Jugendlichen selbstorganisiertes Projekt. Diese Erfahrung musste bereits ein Mitarbeiter der Berliner ‚taz‘ machen, der sich im Frühjahr 1979, angelockt durch die Schlagworte „Kindersexualität, Kommune, Abhauen“ auf den Weg nach Nürnberg gemacht hatte, voller Hoffnung, dort „10–15-jährige Ausreißer, einen Haufen selbstbewußter Kinder, die sich in einer Art Landkommune zusammengefunden hatten“, vorzufinden.¹⁶ Die Wirklichkeit war ernüchternd. In einem eingeschossigen Hinterhaus im Nürnberger Sanierungsviertel Gostenhof befand sich neben Fahrradwerkstatt und Trödellden nur ein einziger, mit Möbeln vom Sperrmüll notdürftig ausgestatteter Wohnraum. Die Wände waren mit Decken und Teppichen behängt, ein Matratzenlager diente als Schlafstätte. An zwei Schreibtischen wurden die zahlreichen Pamphlete der Gruppe verfasst; Kopien und Zeitungsausschnitte bedeckten die dahinterliegenden Wände. Und die Kommunard_innen? „Sie leben unter ärmlichen Bedingungen“, schrieb der Autor des Beitrags, „essen nicht viel. Als ich dort war, ernährten sie sich von trockenem Brot und Gurken.“ Dabei wohnten zum Zeitpunkt des Besuchs ohnehin nur vier Personen in der Kanalstraße: ein Mädchen und ein Junge im Alter von fünfzehn oder sechzehn Jahren sowie zwei erwachsene Männer. Hierbei handelte es sich um Ulrich Reschke und Christoph Carl, die sich zudem als wesentlich jünger ausgaben, als sie tatsächlich waren. Während die ‚taz‘ ihr Alter mit 19 und 22 Jahren angab, war Carl bereits 21 Jahre alt; Reschke stand sogar kurz vor Vollendung des 31. Lebensjahres. Doch wurde für den ‚taz‘-Reporter trotz dieses Täuschungsmanövers schnell deutlich: „Die Indianerkommune ist [...] keine Kinderkommune.“

Der Umgang innerhalb der *Indianerkommune* war geprägt von starken Affekten und Distanzlosigkeit. „Sie umarmen sich, schmusen miteinander oder drücken durch Schreien oder Rauslaufen ihre Wut aus, wenn ihnen danach ist.“ Die Unberechenbarkeit dieser Gefühlsausbrüche konnte auf Außenstehende durchaus beängstigend wirken, sodass selbst Reschke vermutete, dass viele Kinder deshalb die Kommune nach kurzer Zeit wieder verlassen hätten. Ebenso abschreckend dürfte der Absolutheitsanspruch der Kommunard_innen gewirkt haben. „Den Leuten, für die die Kommune

15 Trittel/Klatt 2015, S. 96.

16 Hier und im Folgenden: N. N. 1979.

nicht der ganze Lebensinhalt ist, werfen sie Halbherzigkeit vor. [...] Paarbeziehungen lehnen sie ab, ebenso eine persönliche Intimsphäre.“ Dabei stellten sie Besucher_innen vor die Wahl, „total einzutauchen in ihr Gruppenleben und ihre Ansichten, oder abgelehnt zu werden.“ Dieser Totalitätsanspruch kapselte die *Indianerkommune* von ihrer Umwelt und potenziellen Bündnispartnern ab und verband sich mit einer Ausrichtung auf eine zentrale Führungsgestalt in der Person Reschkes – auch wenn dieser entsprechende Charakterisierungen als ‚Oberindianer‘, ‚Führer‘ oder ‚Guru‘ stets zu entkräften versuchte.¹⁷

Die *Indianerkommune* wurde von wenigen Erwachsenen ins Leben gerufen und dominiert; Kinder und Jugendliche waren die Zielgruppe, um mit ihnen den Kampf für ‚Kinderrechte‘ und die Legalisierung pädophiler Beziehungen zu führen. Praktische, ‚antiautoritäre‘ Erziehung oder psychoanalytisch angeleitete Gruppenprozesse, wie etwa in der Kommune 2, waren hingegen nicht die Sache der *Indianerkommune*. Um „eine kleine reichsische Versuchsanstalt“, wie der Publizist Christian Füller meint, handelte es sich hier daher keineswegs.¹⁸ Mit ihrer hierarchischen Struktur, ihrem Totalitätsanspruch und der Ablehnung jeglicher Privatsphäre, mit ihren Psychodynamiken und ihrem manichäischen Weltbild handelte es sich bei der *Indianerkommune* eher um eine Art Sekte, wenn auch ohne religiös-spirituellen Überbau und ohne erkennbaren Zwang gegenüber ihren temporären Mitgliedern.¹⁹ Mit ihrer rigiden Ablehnung jeglicher pädagogischer Bemühungen stand sie dabei auch in eklatantem Gegensatz zur Tradition antiautoritärer Erziehungsansätze, die von einem ausgesprochenen Erziehungsoptimismus geprägt war.²⁰

Die Mitglieder der *Indianerkommune*

Von den ursprünglichen Gründungsmitgliedern der Kommune waren nach dem Umzug nach Nürnberg nur Reschke und Carl übriggeblieben – ob es überhaupt je weitere feste Mitglieder gegeben hatte, ist unklar. Reschke erscheint in den überlieferten Akten, Interviews und dokumentierten öffentlichen Auftritten als durchaus

17 Zu den Titulierungen Reschkes vgl. Schuster 1981; Huter 1982a; Schult 1980.

18 Füller 2015, S. 181. Für eine historische Einordnung der K2 in die praktische Reich-Rezeption der Sexualpädagogik um 1968 vgl. Sager 2008.

19 Die ‚Quick‘ berichtete im August 1981, Reschke habe „jugendliche Ausreißer beiderlei Geschlechts in seine ‚Indianer-Kommune‘ gelockt und in dreckstarrenden Holzverschlägen untergebracht. [...] Damit sie ihm nicht davonliefen, gab der ‚Indianerhäuptling‘ die Parole aus: ‚Wer geht, muß sterben.‘“ Hier scheint allerdings die Fantasie des Boulevards die Feder geführt zu haben; ähnliche Vorwürfe finden sich jedenfalls an keiner anderen Stelle. N. N. 1981, S. 58.

20 Baader 2014; Baader/Sager 2010.

schillernde, charismatische Gestalt. Auch nach nur oberflächlicher Lektüre der wirren Veröffentlichungen aus der *Indianerkommune* drängt sich dabei jedoch der Verdacht auf, es mit einem (oder mehreren) Verrückten zu tun zu haben. Dabei ergibt sich für den Historiker oder die Historikerin ein Dilemma. Einerseits ist es ethisch und methodisch äußerst fragwürdig, eine Person aufgrund der Überlieferungslage ex post als psychisch krank diagnostizieren zu wollen. Andererseits ist es für eine historische Einschätzung der *Indianerkommune* nicht unerheblich, ob ihr Initiator und langjähriges Oberhaupt etwa unter paranoiden Wahnvorstellungen litt. Hinweise darauf finden sich vor allem in polizeilichen Akten und im Zusammenhang mit den zahlreichen Prozessen, die im Laufe der Jahre gegen Reschke geführt wurden, sei es wegen Kindesentziehung oder des Verdachts auf sexuellen Kindesmissbrauch. Wiederholt wurden Sachverständige bemüht, die den Geisteszustand Reschkes begutachten sollten. Reschke selbst bestand darauf, ‚anders‘ zu sein und von niemandem verstanden zu werden; das Nürnberger Magazin ‚Plärrer‘ zitierte ihn überdies mit den Worten, „in ihm seien ‚mehrere Persönlichkeiten‘“. ²¹ Zwar vermuteten solidarische Prozessbeobachter Anfang der 1980er Jahre, dass Reschke als unbequemer Zeitgenosse ‚psychiatrisiert‘ werden solle; doch, „so gaben etliche dem Gericht recht, stimme mit dem R. tatsächlich ‚was‘ nicht.“ ²² Die Frage nach Reschkes Zurechnungsfähigkeit blieb jedenfalls über Jahre hinweg virulent.

Dahinter verschwand beinahe die Frage nach Reschkes sexueller Orientierung, obschon diese angesichts des offenen Eintretens für pädosexuelle Beziehungen und der Vorwürfe des sexuellen Kindesmissbrauchs von einiger Wichtigkeit war. Reschke äußerte sich dazu Ende 1981 anlässlich eines Gerichtsverfahrens wie folgt: „Es ist wahr, daß ich (auch) homosexuell und päderastisch bin und ich bin stolz darauf.“ Gleichwohl habe er keine sexuellen Beziehungen zu Minderjährigen unterhalten. ²³ Tatsächlich wurde er offenbar nie rechtskräftig wegen sexueller Handlungen an oder mit Minderjährigen verurteilt, sodass unklar ist, inwieweit es solche Kontakte gegeben hat. Später erklärte er, dass er sich „nie für Jüngere interessiert“ habe. ²⁴ Dem steht der Bericht des ‚taz‘-Mitarbeiters von 1979 gegenüber, der beobachtete, wie Reschke einem zwölfjährigen Jungen gegenüber sein sexuelles Begehren zum Ausdruck brachte. ²⁵ Auch einige Delegierte der bayerischen *Grünen* wurden 1980 bei einem Besuch mit den Äußerungen eines ‚Stadtindianers‘ konfrontiert, der „von den durchaus üblichen sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern in dieser Gemeinschaft und [...] von seiner intimen Beziehung mit einem achtjährigen Jungen“ berichtete. Die Delegierten kamen zu dem Schluss, dass die *Indianerkommune* „eine sehr, sehr

21 Huter 1982.

22 Ebd.

23 Reschke 1982.

24 Wendt/Hein 2013.

25 N. N. 1979.

miese Umgebung für Kinder und Heranwachsende“ sei.²⁶ Wenn Christian Füller jedoch schreibt, Reschke habe „seine Nürnberger Indianer sogleich auf Päderastie [umgepolt]“,²⁷ so vereindeutigt dies die reale Situation in einer Weise, die durch die überlieferten Quellen nicht gerechtfertigt erscheint.

Über die anderen Erwachsenen der *Indianerkommune* ist weitaus weniger bekannt. Christoph Carl zeichnete lange Zeit für das Spendenkonto der Kommune verantwortlich.²⁸ Eine Beziehung zu Reschke lässt sich vermuten, aber nicht nachweisen.²⁹ Weitere Informationen über ihn ließen sich nicht finden. Des Weiteren spalteten sich um 1979/80 zwei Frauen von der *Indianerkommune* ab und gründeten in einer Hinterhauswohnung in Berlin-Kreuzberg die *Oranienstraßenkommune* für lesbische pädophile Frauen bzw. „freie Mädchenliebe“,³⁰ die ein genaues Abbild der Nürnberger *Indianerkommune* war, sowohl was ihre Diktion und ihre Aktionsformen betraf als auch die radikale Konsumkritik und das Layout ihrer Flugblätter. Auch der Forderungskatalog wurde wörtlich von der *Indianerkommune* übernommen.³¹ Vereinzelt traten die beiden Gruppen gemeinsam auf oder gaben ihre jeweiligen Kontaktadressen auf gemeinsamen Flugblättern an.³²

Am wenigsten greifbar bleiben jedoch die Jugendlichen, die im Laufe der Jahre die Räume der *Indianerkommune* frequentierten. Weder zeitgenössische Berichte noch aktuelle historiografische oder publizistische Forschungen haben dieser Frage Gewicht beigemessen. Klar scheint nur zu sein, dass es eine enorme Fluktuation der jugendlichen Bewohner_innen gegeben hat. Auch dürften jeweils nur wenige in den beengten und ärmlichen Räumlichkeiten dauerhaft Unterschlupf gefunden haben. Während der Bericht der ‚taZ‘ von zwei Jugendlichen spricht, behauptete Werner Vogel, eine zentrale Figur des Skandals um Pädosexualität im Umfeld der *Grünen*, es hätten sich allenfalls drei bis vier Jugendliche zur gleichen Zeit dort aufgehalten.³³ Und doch gelang es der *Indianerkommune*, wesentlich größere Gruppen von bis zu fünfzehn Jugendlichen

26 Brief von Felix Benary (Die Grünen – KV München-Nord) an Die Grünen – Bundesvorstand, 09. 11. 1980, AGG, C Berlin I.2, 6.

27 Füller 2015, S. 181.

28 Vgl. IK 1979a, S. 17, 32.

29 Vgl. Ulrich Reschke: bitte um unterstützung für meine kandidatur zum neuen bundesvorstand der grünen, 1984, AGG, B. I.1., 37 (1).

30 Dieter Ullmann[?]: Zur Geschichte der Pädobewegung 1975–1980, Chronik, ca. 1980, ASM, Pädosexualität und sexueller Missbrauch, 2.2 – Geschichte der Pädobewegung, S. 11.

31 Oranienstraßenkommune: Hungerstreiks für freie Mädchenliebe, 1980, ASM, Dt. Städte, Berlin, Autonome Pädobewegung; Oranienstraßenkommune: Männlichkeit – Weiblichkeit – Erwachsen sein? Nein danke!, Flugblatt, o. J., ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune; Oranienstraßenkommune: Wir wollen uns vom Mop befreien, 1980, AGG, G.01 FU-Berlin, 6.

32 Vgl. N. N. 1980.

33 Vogel gab an, die Kommune bis Mai 1981 insgesamt fünfmal besucht zu haben. Brief von Werner Vogel an Die Grünen – Bundesvorstand, 11. 05. 1981, AGG, B. I.1., 127; Hrvh. i. O.

für ihre Aktionen, auch außerhalb Nürnbergs, zu mobilisieren. Ihre Identität und ihre Erfahrungen bleiben zunächst weiterhin im Dunkeln, Erfahrungsberichte von Zeitzeug_innen stehen noch aus. Auch wenn wir über die individuelle Motivation und Erfahrung von Jugendlichen in der *Indianerkommune* wenig sagen können, liegt die Vermutung nahe, dass diese zu großen Teilen aus einem vernachlässigenden oder gewalttätigen familiären Umfeld kamen. Auch agitierte die *Indianerkommune* gezielt Jugendliche aus Fürsorgeeinrichtungen, in denen diese ebenfalls psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt waren.³⁴

Die Existenz einer Adresskartei in der *Indianerkommune*, die als eine Art Schlafplatzbörse fungierte und in der auch pädophile Männer ihre Anschrift angegeben hatten, charakterisierte laut Christian Füller die *Indianerkommune* als „eine Art Verteilzentrum“.³⁵ Dies ignoriert nicht nur die *Agency* der betroffenen Jugendlichen, es verkennt auch die Rolle der *Indianerkommune* als tatsächlichem Zufluchtsort, der eine vergleichsweise sichere Anlaufstelle darstellen konnte. Die eigentliche Tragik des Geschehens liegt darin, dass es für manche Jugendliche nur diese Alternativen gab: Leben in einem Heim oder einer Familie, in dem oder der sie permanenter Gewalt ausgesetzt waren; Unterschlupf in einem tendenziell grenzüberschreitenden und sexualisierten Umfeld; oder das Leben auf der Straße. Bis heute hat sich an dieser Gemengelage nur wenig verändert.³⁶

Die Aktionsformen der *Indianerkommune*

Die erwähnte Adresskartei, in der sich nach eigenen Angaben um die 2.000 Anschriften befanden,³⁷ diente wohl in erster Linie als Empfängerliste für eigene Publikationen, allen voran des ‚Rundbriefs der Indianerkommune‘. Dessen Erscheinen lässt sich von Februar 1979 bis Sommer 1980 nachweisen und wurde offenbar vom ‚Rattenfänger.

34 Protokoll der Sitzung der Anstaltsleitung der Rummelsberger Anstalten der Inneren Mission E. V., Nr. 11/1983, 07.07.1983, Privatarchiv des Autors; Anlage zum Gespräch mit Dr. Günter Breitenbach vom 7.10.15, Privatarchiv des Autors. In IK: Treiben Nürnberger und andere Polizisten und Jugendämter Ausreisser-Kinder und Jugendliche bis in den ‚Selbst‘mord?, o.J., AGG, A Kelly, Petra, 970, S. 8 findet sich ein möglicherweise bei einer dieser Aktionen verteiltes Flugblatt. Unter dem Titel „Aufruf an alle Schüler-(innen) in und um Nürnberg“ heißt es: „Kommt zu uns! wenn ihr auch diskriminiert werdet oder ihr uns helfen wollt dagegen endlich anzugehen!“ Vgl. auch IK 1989; Homes 1983.

35 Füller 2015, S. 181.

36 Mayer 2015; zeitgenössisch debattierte etwa die Zeitschrift ‚betrifft: erziehung‘ pädophile Beziehungen als mögliches Gegenmodell zur „brutale[n] Ablehnung der libidinösen Bedürfnisse der Heimkinder“, Roth 1973. Ich danke Meike Baader für diesen Hinweis.

37 Vgl. Schuster 1981, S. 32.



Abb. 1 Rundbrief der *Indianerkommune*, Frühjahr 1980, mit Verweisen auf die BDK der *Grünen* in Saarbrücken und Hungerstreikaktionen.

Eine Zeitung aus der *Indianerkommune*³⁸ abgelöst; dicht bedruckt und im Format A5 schwankte der Umfang zwischen 32 und 132 Seiten.³⁸

Die Rundbriefe waren ein Sammelsurium von Kopien: neben eigenen Flugblättern und Stellungnahmen nahmen Zeitungsausschnitte zu einer Vielfalt von Themen den größten Raum ein. Gerichtsverfahren gegen Reschke, Berichte über die Situation von Kindern und Jugendlichen, Schule, Jugendpolitik, Pädophilie – alles, was irgendwie dem Komplex Kindheit – Sexualität – *Indianerkommune* zugeordnet werden konnte, fand seinen Weg in die Rundbriefe. Den mit Abstand größten Raum nahmen Medienberichte über eigene Aktionen ein. Oft wurden dabei handschriftliche Ergänzungen und Kommentare eingefügt, der wenige verbleibende Freiraum wurde mit Karikaturen oder Fotografien aufgefüllt. Das Ergebnis war eine Bleiwüste; die Rundbriefe waren nahezu unlesbar. Angesichts des enormen Arbeitsaufwandes (alleine 1979 erschienen sechs Ausgaben mit insgesamt 279 Seiten) stellt sich die Frage, welchen Zweck diese

³⁸ Die Ausgaben befinden sich im Bestand Deutsche Städte, Nürnberg, *Indianerkommune* im Archiv des Schwulen Museums sowie im Stadtarchiv Nürnberg, Bestand E1/2247, Nr. 3. Insgesamt sind sieben Ausgaben des ‚Rundbriefes‘ überliefert; für Januar 1979 existiert eine Loseblattsammlung, von denen sechs Seiten eindeutig dem ‚Rundbrief‘ zugeordnet werden können. Vom ‚Rattenfänger‘ sind drei Ausgaben aus der Zeit von Frühjahr 1982 bis Winter 1983/84 erhalten.

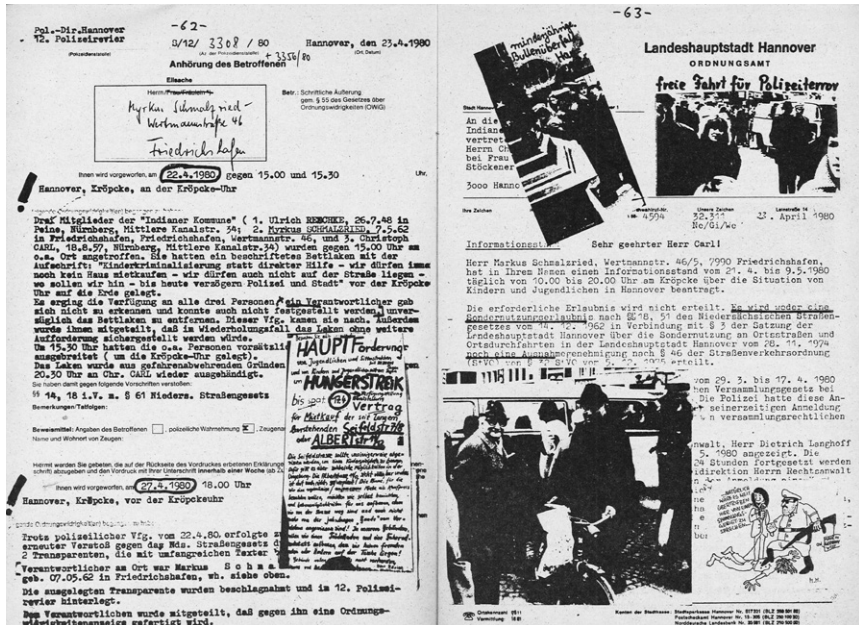


Abb. 2 Rundbrief der Indianerkommune, Sommer 1980. Kommentierte polizeiliche Bescheide, Flugblätter, Fotos und Zeichnungen anlässlich einer Aktion in Hannover.

Publikationen hatten. Es scheint, dass sie weniger dazu dienen, ein Publikum zu erreichen und in zeitgenössische Diskurse einzugreifen, als vielmehr die Obsessionen des Herstellers zu befriedigen.

Doch unabhängig davon stellten sie eine Öffentlichkeit dar, die nach den Regeln der Indianerkommune funktionierte. So konnten kritische Zeitungsberichte handschriftlich kommentiert und damit als unzutreffend ‚entlarvt‘ werden. Ähnliches geschah mit privaten Korrespondenzen, der Rundbrief übernahm hier die Funktion eines Prangers. Kritik an der Indianerkommune wurde so zusätzlich erschwert, da potenzielle Kritiker_innen damit rechnen mussten, dass ihre Briefe veröffentlicht und sie selbst angegriffen oder lächerlich gemacht würden.³⁹

Auch Vernehmungprotokolle und Prozessunterlagen wurden so einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dies betraf auch persönliche Daten Reschkes und Einschätzungen der eigenen Person durch Dritte, etwa Polizeibeamt_innen oder gerichtlich bestellte psychiatrische Gutachter_innen. Neben dem Zweck, die Justiz als Instrument der Unterdrückung und Psychiatrisierung abweichenden Verhaltens zu brandmarken, kann dies auch als Versuch verstanden werden, die Deutungshoheit über die

39 Dies geschah etwa Karlo Heppner und anderen Grünen-Mitgliedern nach dem jugendpolitischen Kongress in Kamp-Lintfort (s. u.).

eigene Person wiederzuerlangen. Die öffentliche Infragestellung von Zuschreibungen wie ‚geisteskrank‘ durch entsprechende Kommentare stellte meines Erachtens eine Form der Selbstvergewisserung der eigenen Ansichten, aber auch der eigenen Subjektivität dar.

Daneben fanden sich in den Veröffentlichungen der *Indianerkommune* immer wieder Aufforderungen zum Mitmachen – allerdings ausschließlich an die Adresse von Kindern und Jugendlichen gerichtet: „Kommune! [...] Zutritt für v-erwachsene ohne Begleitung von Kindern verboten!“⁴⁰ Schließlich fanden sich auf nahezu jedem Flugblatt und offenen Brief, auf jeder Presseerklärung und Broschüre Aufrufe, der *Indianerkommune* Geld zu spenden. Dies wurde häufig mit den Kosten der laufenden Prozesse begründet.

Die Frage, wie durch das bloße Zusammenleben gesellschaftliche Veränderung erreicht werden könnte, konnte jedoch nie zufriedenstellend beantwortet werden. So forderte Reschke auf einem Treffen der *Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP)*, das die Kommunard_innen massiv störten, die Teilnehmenden auf, „auszusteigen und eine Kommune zu gründen.“ Auf kritische Einwände erklärte er knapp, so ein Teilnehmer, „in der Kommune gingen alle Ängste weg.“⁴¹ Auch aus den Reihen der Pädophiliebewegung traf die Aktivisten der *Indianerkommune* daher der Vorwurf der ‚Scheinaktivität‘ und des Sektierertums.⁴²

Dies zeigte sich in besonderer Weise an der bevorzugten Aktionsform der *Indianerkommune* – dem Hungerstreik. Auch wenn die Tradition des politisch motivierten Hungerstreiks länger zurückreicht, ist sie in der Bundesrepublik vor allem mit der Geschichte der *Roten Armee Fraktion (RAF)* verknüpft. Seit Inhaftierung der ersten Generation der *RAF* im Jahr 1972 wurde dieser immer wieder eingesetzt, um Forderungen wie die Zusammenlegung der Gefangenen durchzusetzen. Auch während der Hochphase der *Indianerkommune* fanden viel beachtete Hungerstreiks der Gefangenen aus der *RAF* statt, so im Frühjahr 1981 und im Winter 1984/85.

Der erste belegte Hungerstreik der *Indianerkommune* fand 1977 angesichts der drohenden Räumung des Engelblocks in Heidelberg statt (s. o.). Nachweisbar sind ferner (Aufrufe zu) Hungerstreiks anlässlich des Jugendhilfetages im November 1978 in Köln;⁴³ während des Kirchentages im Juni 1979 in Nürnberg;⁴⁴ zur Unterstützung des inhaftierten Pädophilen Peter Hartleb im Dezember 1979 in Lingen;⁴⁵ „gegen §§ 174–176

40 IK: Minderjährige Aussteiger-innen im Kampf. Kinderpower, Flugblatt, o. J. [1982 oder 1983], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Subkultur überregional.

41 Stüben 1980, S. 19.

42 Vgl. Schult 1980, S. 29.

43 Vgl. IK 1978.

44 Vgl. IK: Kirchentag nicht für uns zuständig! schikanen gegen hungerstreikende, geschwächte Jugendliche aus der INDIANERKOMMUNE seitens der Nürnberger Polizei und anderer Behörden, 1979, StadtAr Nürnberg, E 1/2247, Nr. 3; IK 1979; Lorenz 1979; N. N. 1979a; N. N. 1979b.

45 Vgl. N. N. 1980a.

ab 28. oder 29. März [1980] in mehreren Orten⁴⁶, u. a. in Frankfurt, Hannover, Erlangen, Kassel, Hamburg und Berlin;⁴⁶ in Kassel 1980;⁴⁷ in Frankfurt 1981;⁴⁸ auf dem Evangelischen Kirchentag im Juni 1981 in Hamburg⁴⁹ sowie im September 1984 in München.⁵⁰ Noch 1993 findet sich eine Meldung über einen „Unbefristeten Kinderrechte Hungerstreik“ in Berlin „und anderswo“ in einer Broschüre, die das Spendenkonto und die Telefonnummer der *Indianerkommune* als Kontaktdaten aufführt.⁵¹ Auch Reschke griff 1981 zum Mittel des Hungerstreiks, um gegen die Bedingungen seiner Untersuchungshaft zu protestieren, brach diesen jedoch nach drei Wochen ergebnislos ab.⁵²

Während im Fall Reschkes die Forderungen nach Haft erleichterung oder -verschonung relativ konkret waren, blieben diese in anderen Fällen häufig unerfüllbar. Denn es war klar, dass mit einem mehrtägigen Hungerstreik keine Abschaffung des Sexualstrafrechts, der Schulpflicht oder gar von Autos, „nicht nur da, wo Kinder spielen“, erzielt werden konnte.⁵³ Andere Forderungen waren wiederum so vage, dass ein Punkt, an dem das Ziel der Aktion erreicht wäre, unmöglich zu bestimmen war. Dies betraf etwa die „Anerkennung der ‚Homosexualität‘ als gleichwertige Form der Liebe und Zuneigung“⁵⁴ oder die Forderung nach „Kinderrechten“⁵⁵. Spätestens in Berichten über abgeschlossene Hungerstreiks blieben deren jeweilige Ziele völlig unklar – als wäre nur die Aktion als solche von Belang gewesen. Der Allgemeinheit der politischen Ziele entsprach dabei das Fehlen eines eindeutigen Adressaten. Ähnlich wie bei den Publikationen der *Indianerkommune* müssen daher auch die zahlreichen Hungerstreiks eher als Aktionen um ihrer selbst willen verstanden werden, als Mittel zur Selbstvergewisserung und Gruppenkonsolidierung sowie als Versuch, größtmögliche (mediale) Aufmerksamkeit zu generieren. Ein Mittel, um direkt politische Forderungen durchzusetzen, waren sie hingegen nicht.

Daneben setzten die Mitglieder der *Indianerkommune* immer wieder auf direkte Aktionen. Sie fuhrten quer durch die Republik und versuchten, ihre Forderungen auf (politischen) Veranstaltungen aller Art durchzusetzen. Ob bei Heimerziehertreffen

46 IK 1980a, 1980, S. 40 ff. Auch die Oranienstraßenkommune beteiligte sich an diesem Hungerstreik mit Aktionen vor der Berliner Gedächtniskirche: Oranienstraßenkommune: Männlichkeit – Weiblichkeit – Erwachsen sein? Nein danke!, Flugblatt, o. J., ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

47 Vgl. N. N. 1980.

48 Vgl. Horx 1981, S. 97.

49 Vgl. IK 1982, S. 53.

50 Vgl. Die Grünen – BAG SchwuP: Presseerklärung, 10. 09. 1984, AGG, B.II.1., 4306 (1).

51 N. N. 1993.

52 Vgl. Schuster 1981, S. 33; IK: Untersuchungsfolter gegen Ulli aus der Indianerkommune, Flugblatt, o. J. [1981?], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

53 Vgl. den Forderungskatalog in IK 1978, S. 5.

54 Ebd.

55 N. N. 1993.

in Hamburg oder Bremen, bei Kirchentagen, Regionaltreffen der *DSAP*, bei Parteitagen der *Grünen*, Tagungen der *Gesellschaft zur Förderung Sozialwissenschaftlicher Sexualforschung (GFSS)* oder bei großen Events der Schwulenbewegung wie dem *Homolulu 1979* in Frankfurt – stets musste man mit Interventionen der *Indianerkommune* rechnen. Bei diesen Gelegenheiten besetzten sie Podien, schrien andere Teilnehmer_innen nieder und schreckten auch nicht vor körperlicher Gewalt zurück. Mehrmals wurden die Räume der ‚taz‘ besetzt, um eine Veröffentlichung ihrer Anliegen zu erzwingen.⁵⁶ Während ihre Forderung nach mehr Rechten für Kinder starke Unterstützung erhielt und die nach Legalisierung pädophiler Beziehungen zumindest teilweise auf Zustimmung traf, waren es gerade die Formen des Auftretens der Nürnberger Aktivist_innen, welche das Verhältnis etwa zu den *Grünen* oder zur Schwulenbewegung nachhaltig trübten. Den *Indianerkommunard_innen* wurde mit unterschiedlich viel Geduld begegnet. Auf lange Sicht sollte ihr Auftreten jedoch die Zusammenarbeit mit jeglichen anderen Gruppen der alternativen, Kinderrechts- oder Pädophiliebewegung verunmöglichen. Dies betraf auf Bundesebene vor allem die (radikale) Linke, schwule Emanzipationsgruppen, Akteur_innen der Pädophiliebewegung sowie die neu gegründete Partei *Die Grünen*.

Das politische Umfeld der *Indianerkommune*

Im Jahr 1981 hatte ein Frankfurter Linker eine Begegnung mit einer Gruppe protestierender Jugendlicher. Im Jahr der ‚Jugendunruhen‘ an sich kein ungewöhnlicher Anblick, doch etwas irritierte:

„Woher kenne ich diesen Blick? Vom Mitglied einer religiösen Sekte [...]? Von einem Freund, der [...] sich von bösen Mächten verfolgt fühlte? [...] Das Mädchen, das da vor mir steht und auf mich einredet, ist keine 13 Jahre alt. Ihr Gesicht ist bleich, die Augen starr, weit aufgerissen. ‚Wir werden fertiggemacht‘, sagt sie, ‚wenn das so weitergeht, werden wir verrecken.‘ [...] ‚Hungerstreik der Indianerkommune‘, steht auf einem Pappkarton, und ‚Freiheit für Ulli‘.“⁵⁷

Der Bericht von dieser Begegnung findet sich im ‚Kursbuch‘, dem publizistischen Flaggschiff der Neuen Linken, und es ist bemerkenswert, dass der Nürnberger *Indianerkommune* in einem Überblick über die Frankfurter Szene(n) erheblicher Raum gegeben wurde. Zwar ließen die Verweise auf Sekten und Verfolgungswahn keinen Zweifel am dubiosen Charakter der Gruppe, und der Autor bescheinigte ihren Mitgliedern explizit „einen regelrecht paranoiden Bezug zur Außenwelt“. Und doch wurden sie offenbar

⁵⁶ Vgl. Apin 2010, 2011.

⁵⁷ Hier und im Folgenden: Horx 1981, S. 96–98.

als Bestandteil eines heterogenen alternativen Milieus wahrgenommen.⁵⁸ Damit waren sie laut Autor einerseits Teil der „sozialen Problemfälle, die von jedem Ort, wo es keine Einlaßkontrolle und keinen Rauswerfer gibt, magnetisch angezogen“ würden. Andererseits standen sie aber auch in einer sehr spezifischen Tradition jugendlicher Aussteiger_innen, die seit der Heimkampagne der späten 1960er Jahre in der Linken Unterschlupf gefunden hatten. „Im Sonnenschein anti-sozialarbeiterischer Vorstellungen“, so der Autor, hätte die Linke „lange Zeit eine Pufferrolle [...] gegenüber den Sozialinstitutionen“ eingenommen. Das Scheitern an dieser anti-sozialarbeiterischen Sozialarbeit sei jedoch vergessen worden.⁵⁹

In diesem Nexus aus Tradition und Vergessen konnte auch die *Indianerkommune* einen Platz in der ‚Szene‘ beanspruchen. Auch sie sei aus dem Widerstand gegen „die Aussichtslosigkeit der Heime und der prügelnden Familienväter“ entstanden und fordere daher zu Recht Solidarität ein. In ihren Ansprüchen und ihrer Radikalität entspreche ihr soziales Experiment durchaus den „längst vergessenen Utopien der frühen antiautoritären Phase“. Und doch blieb ein Unbehagen, das sich, so der Autor, vor allem an der Thematik der Pädophilie festmachte. Die antiautoritär geschulten Kritiker_innen der *Indianerkommune* warfen den Älteren der Gruppe vor, ihre eigenen sexuellen Bedürfnisse – „die, um es vorsichtig auszudrücken, nicht ganz unproblematisch sind“ – auf Kosten der Jüngeren zur politischen Formel zu erheben. Dazu kam die Unmöglichkeit der Kommunikation mit ihren Mitgliedern: „Ihre Auftritte waren immer von einer gewissen Peinlichkeit und Lähmung begleitet. Man hätte sie gerne von der Bühne geholt“, eine Form der Zensur, so lässt sich zwischen den Zeilen lesen, die als autoritär verstandenes Verhalten lieber vermieden wurde. So blieb vor allem eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit der *Indianerkommune*.

Die Kluft zwischen Anspruch und Verhalten, die man bei der *Indianerkommune* ausgemacht hatte, traf daher in ähnlicher Weise auch auf die Linke zu: den eigenen Überzeugungen folgten keine Taten aus Angst, die radikalen, ‚anti-sozialarbeiterischen‘ Ideale dabei zu verraten. Dies war kein Spezifikum der Frankfurter Linken, wie Verweise auf eine „klammheimliche Freude“⁶⁰ der Linken bei einer Verhaftung Reschkes ebenso zeigen wie die verhaltene Kritik der ‚taz‘, die dennoch immer wieder Stellungnahmen der *Indianerkommune* veröffentlichte.⁶¹

Diese Ambivalenz zeigte sich auch in der lokalen Nürnberger Szene. Relativ ungebrochene Solidarität erfuhr die Kommune nur seitens des alternativen Stadtmagazins ‚Plärre‘, das regelmäßig über das Projekt berichtete. Zwischen 1979 und 1983 erschienen zehn größere Beiträge, inklusive eines ausführlichen Interviews mit Reschke sowie

58 Zum Begriff des alternativen Milieus siehe Reichardt/Siegfried 2010.

59 Zur Heimkampagne siehe Kappeler 2011.

60 Schuster 1981.

61 Zur Kritik an der *Indianerkommune* siehe N. N. 1979b. Noch 1984 wurde eine Erklärung der *Indianerkommune* veröffentlicht: N. N. 1984. Vgl. Apin 2010.

eines von diesem verantworteten Artikels.⁶² Im alternativen Jugendzentrum *KOMM* fanden einerseits Veranstaltungen von und zur *Indianerkommune* statt, andererseits bestand gegen ihre Mitglieder ein partielles Hausverbot, nachdem sie eine Veranstaltung der schwulen Theatergruppe *Brühwarm* gestört hatten.⁶³

Wie im gesamten zeitgenössischen Diskurs um die Legalisierung pädosexueller Handlungen üblich, bezog sich auch die *Indianerkommune* vorrangig auf solche zwischen männlichen Erwachsenen und männlichen Minderjährigen, nicht zuletzt aufgrund Ulrich Reschkes eigener Präferenz für Jungen. Ebenso wie bei ihrem Ableger, der Berliner *Oranienstraßenkommune*, der es um Beziehungen zwischen Frauen und Mädchen ging, war die heteronormative Geschlechterordnung eines der Hauptangriffsziele. Die Kriminalisierung der Pädophilie erschien so als Ausdruck eines Regimes, das allein die genitale Sexualität zwischen erwachsenen Frauen und Männern zur Norm erklärte und alle davon abweichenden Begehren sanktionierte. Diese, im Kern ja durchaus zutreffende, Kritik an der „zwangserwachsenenficksexualität“⁶⁴ machte die homosexuelle Emanzipationsbewegung zu einem möglichen Bündnispartner bzw. zu einer Bühne für die Artikulation der eigenen Forderungen.

Auch wenn Hensel, Neef und Pausch die Schwulenbewegung zutreffend als Subkultur beschrieben haben, die auch Transsexualität, SM und Pädophilie umfasste, ist das Verhältnis zwischen Schwulen- und Pädophiliebewegung bisher nur unzureichend erforscht. Fest steht, dass die Schwulenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren den wichtigsten Bündnispartner für die Durchsetzung pädosexueller Forderungen darstellte.⁶⁵ Doch trotz der Selbstrepräsentation Reschkes als pädophil und schwul (s. o.) orientierte sich die *Indianerkommune* in weitaus geringerem Maße als andere pädophile Gruppen an der Schwulenbewegung. Dies lag, neben ihrer allgemeinen Unwilligkeit zur Kooperation, vor allem an ihrem stärkeren Fokus auf Kinderrechten und der daraus resultierenden Kritik an erwachsener männlicher Sexualität.

Die *Indianerkommune* betonte, dass schwule Identitätspolitik, die auf bloße Anerkennung durch die bürgerliche Mehrheit ziele, mit ihr nicht zu machen sei. Die entscheidende Differenz zwischen *Indianerkommune* und Schwulenbewegung bestünde jedoch im konkreten Konzept pädosexueller Beziehungen. In schwulen Kreisen gäbe es, so die *Indianerkommune*, gar kein Interesse an einer Änderung des Status quo, da schwule Männer vom Machtgefälle in diesen Beziehungen

62 Huter 1982a; Reschke 1983.

63 Vgl. IK 1982a, 1979a, S. 25; N. N. 1982.

64 IK: Stellt Euch einmal vor: alle Erwachsenen würden entmündigt und bestraft, wenn sie miteinander schlafen. Laßt die Kinder frei lieben, dann wird es keine [AKWs] mehr geben, Flugblatt, o. J., ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

65 Vgl. Hensel/Neef/Pausch 2015, v. a. S. 145; Paternotte 2014.

profitierten.⁶⁶ Das Beharren auf den ‚autonomen Ansprüchen‘ Minderjähriger, was konkret die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Kindheit und Erwachsensein bedeutete, markierte hier den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen *Indianerkommune* und Schwulenbewegung.

Trotz inhaltlicher Gegensätze (und trotz der Sprengung eines Vorbereitungstreffens in Hannover) wurde die *Indianerkommune* an einer der wichtigsten Aktionen der homosexuellen Emanzipationsbewegung beteiligt: Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl hatte sich die *Allgemeine Homosexuelle Aktion* aus Berlin seit 1979 um ein breites Bündnis schwulenpolitischer Gruppen bemüht, um eine Veranstaltung mit Vertretern der wichtigsten Parteien zu organisieren.⁶⁷ Am 12. Juli 1980 fand die Veranstaltung ‚Parteien auf dem Prüfstand. Homosexuelle zur Bundestagswahl‘ in der Bonner Beethovenhalle statt. Die Atmosphäre war von Beginn an gereizt und chaotisch. Linksradikale Gruppen wie die *Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld* hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die Veranstaltung zu stören oder gar zu verhindern. Der Versuch, eine geregelte Podiumsdiskussion in Gang zu bringen, war daher von dauerhaften Pfiffen und Zwischenrufen begleitet. Nach einer Intervention Ulli Reschkes am Saalmikrofon⁶⁸ wurde den Vertreter_innen von *Indianer-* und *Oranienstraßenkommune* jeweils fünfzehn Minuten Redezeit zugesprochen unter der Auflage, danach die Diskussion nicht mehr zu stören. Während diese daraufhin frei assoziierend von ihren Problemen mit der Polizei, der Situation von Ausreißerkindern und ihrer Einschätzung der Veranstaltung räsionierten, leerte sich der Saal zunehmend. Die Debatte zwischen Politikern und einigen interessierten Aktivist_innen verlagerte sich in einen Nebenraum, während eine Frau aus der Oranienstraßenkommune schließlich die Überflüssigkeit der gesamten Veranstaltung angesichts der Weltlage im Allgemeinen und schwuler „Atombombensexualität“ im Besonderen feststellte.⁶⁹

Damit kam die Beethovenveranstaltung ebenso an ihr Ende wie die Orientierung der *Indianerkommune* an der Schwulenbewegung. Obgleich die Forderung nach Entkriminalisierung der Pädophilie weiterhin auf der Agenda großer Teile der Schwulenbewegung stand – umso mehr, seitdem sich die Lesbenbewegung als möglicher Kontrapunkt eher der Frauenbewegung zugewandt hatte –, spielte die *Indianerkommune* innerhalb der Schwulenbewegung, und umgekehrt, ‚nach Beethoven‘ keine große Rolle mehr.

66 Vgl. IK 1980b, S. 105 ff.

67 Vgl. Bachnick/Schädlich 1986. Bereits im Juli 1979 hatte die *Indianerkommune* das *Homolulu*-Treffen in Frankfurt gestört. Zu *Homolulu* im Kontext der Pädophiliebewegung vgl. Hensel/Neef/Pausch 2015, S. 148.

68 Vgl. N.N. 1986, S. 231 f.

69 Ebd., S. 239.

Der Vorwurf der Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in pädophilen Beziehungen traf auch die Vertreter_innen der Pädophiliebewegung selbst. Das ambivalente Verhältnis zwischen pädosexuellen Aktivist_innen und *Indianerkommune* ist besonders aufschlussreich, da die Wahrnehmung Letzterer als exponierter Protagonistin der Pädophiliebewegung bei genauerem Hinsehen erheblich verkompliziert wird.⁷⁰

Zwar forderten die Protagonist_innen der *Indianerkommune* die Abschaffung der §§ 174–176 StGB und damit die Legalisierung pädosexueller Handlungen. Auch bezeichnete sich Ulrich Reschke wiederholt selbst als Pädophilen und propagierte die Pädophilie als überlegene Form sozialer und sexueller Beziehungen.⁷¹ Doch ihr Absolutheitsanspruch brachte sie auch hier in Konflikt mit potenziellen Bündnispartnern. Exemplarisch lässt sich dies am Beispiel der *Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP)* aufzeigen. Der 1978 gegründete Verein war bis zu seiner Auflösung im Jahr 1983 einer der zentralen Akteur_innen im Kampf um die Entkriminalisierung pädosexueller Beziehungen. Auf dem Jahreskongress der *DSAP* im Februar 1979 hatte sich unter Beteiligung der *Indianerkommune* ein Arbeitskreis *Kindersexualität und Pädophilie* unter Leitung des niederländischen Psychologen Frits Bernard konstituiert.⁷² Doch bereits ein halbes Jahr später sabotierte die *Indianerkommune* ein überregionales Treffen der *DSAP* im niederrheinischen Moers. Aus Sicht der *Indianerkommune* war der politische Kampf um Anerkennung pädosexueller Lebensweisen, dem sich die *DSAP* verschrieben hatte,⁷³ abzulehnen. Allein das Leben in Kommunen wie der ihren barg ihrer Ansicht nach die Chance auf gesellschaftliche Veränderung und individuelle Befreiung. Ähnlich wie im Verhältnis zur Schwulenbewegung ging es den Aktivist_innen der *Indianerkommune* auch hier nicht um politische Bündnisarbeit, sondern im Gegenteil darum, sich von anderen Akteur_innen abzugrenzen und deren Organisationen und Veranstaltungen in ein Forum für ihre eigenen Forderungen umzufunktionieren.

Die *DSAP* reagierte ambivalent auf diese Strategie. Gerade die Teile, die für ein seriöses Auftreten und die Anerkennung durch bürgerlich-liberale Kreise eintraten, plädierten für eine eindeutige Abgrenzung.⁷⁴ Als Konsequenz ließ der Vorstand der *DSAP* im Juli 1980 in einer Pressemitteilung verlautbaren, dass man „keine Möglichkeit sinnvoller Zusammenarbeit mit den ‚Indianer‘“ sehe und die *DSAP* „ihre eigenen Wege ausdrücklich von denen der ‚Indianer‘ unterschieden wissen“

70 Zur Pädophiliebewegung vgl. Bundschuh und Paternotte in diesem Band. Zur Darstellung der *Indianerkommune* als wesentlicher Teil der Pädophiliebewegung vgl. Apin 2010; Walter 2015, S. 263.

71 Vgl. exemplarisch Huter 1982a.

72 Vgl. Hensel/Neef/Pausch 2015, S. 147.

73 Zu den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der *DSAP* siehe ebd., S. 150; Eckert 1987, S. 15.

74 Vgl. *DSAP Rhein-Main: [Rundbrief]*, 15. 03. 1980, ASM, *DSAP*.

wolle.⁷⁵ Der Berliner Landesverband kritisierte diese Entscheidung jedoch und betonte, der Kontakt zur *Indianerkommune* dürfe nicht abreißen – obwohl auf dem gleichen Treffen besorgt gefragt wurde, wie mit einem möglichen Auftauchen von Indianerkommunarden umgegangen werden solle.⁷⁶ Noch 1981 gab es Aufrufe des Münchner *DSAP*-Ortsverbandes unter Wolfgang Tomašek, Reschke durch Spenden und Briefe in seinem Prozess wegen sexuellen Kindesmissbrauchs zu unterstützen.⁷⁷

Die Bewertung der *Indianerkommune* aus Sicht der Pädophiliebewegung fiel dementsprechend zwiespältig aus. Während der Münchner Aktivist Peter Schult ihren Aktionismus als „hektische Scheinaktivität“ verurteilte, aber zugleich als mitverantwortlich für die gestiegene Aufmerksamkeit für die Anliegen von Pädophilen anerkannte, charakterisierte sie Frits Bernard 1988 als „keine pädophile Gruppe im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eine Gemeinschaft mit einem anderen Lebensstil.“⁷⁸ Damit erscheint die *Indianerkommune* zwar als Akteurin im Kampf um die Legalisierung pädosexueller Handlungen; als Teil einer Pädophiliebewegung kann sie aufgrund ihres Unwillens (oder Unfähigkeit) zu politischen Bündnissen jedoch nicht gelten.

Mehr noch als an der Schwulen- oder Pädophiliebewegung orientierten sich Reschke und die *Indianerkommune* an der Partei *Die Grünen*. Reschke und Carl zählten zu den Gründungsmitgliedern des Nürnberger Kreisverbandes, wengleich es gerade in späteren Jahren immer wieder Bemühungen seitens der *Grünen* gab, weitere Sympathisant_innen der *Indianerkommune* von einer Mitgliedschaft abzuhalten.⁷⁹ Bereits im Gründungsprozess der Partei, auf den Bundesdelegiertenkonferenzen (BDK) in Karlsruhe und Saarbrücken Anfang 1980, vertraten sie lautstark ihre Thesen und forderten die Aufnahme eines eigenen Positionspapiers zum Thema Kinder und Jugendliche in das Parteiprogramm.⁸⁰

75 DSAP e. V.: Stellungnahme der DSAP zu den ‚Indianern‘, Presseerklärung, 27.07.1980, ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

76 Vgl. DSAP e. V.: Hauptprotokoll der MV in Berlin vom 14.11.80, 1980, ASM, DSAP, 2 – Vereinsangelegenheiten II.

77 Vgl. DSAP München: Rundbrief, 20.07.1981 und Rundbrief, 18.11.1981, ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

78 Schult 1980; Bernard 1988.

79 Die Grünen, Kreisverband Nürnberg: Mitgliederliste (Stand: 10. März 1980), 1980, AGG, A Kelly, Petra, 2693; „Stellungnahme zur Verweigerung des Eintritts von Mitgliedern der Indianerkommune durch den KV Nürnberg“, Brief von Harald Wilde an Die Grünen, Landesvorstand Bayern, 11.04.1984, AGG, C Bayern I, [11].

80 Vgl. Die Grünen – KV Ebersberg an alle Delegierten des Parteitages der GRÜNEN in Dortmund am 21./22.6.80: Betr.: Stadtindianer, 1980, AGG, G.01 FU-Berlin, 11. Der Programmentwurf der *Indianerkommune* wurde immer wieder umgearbeitet; vgl. IK: Kinder und Jugendliche – vollständiger programmentwurf 3. fassung, 10.08.1980, AGG, A Kelly, Petra, 2693; IK: Kinderprogramm der Grünen, 6. Fassung. In: IK 1984, S. 53–60.



Abb. 3 Mitglieder der *Indianerkommune* bei der BDK der Grünen am 21./22.06.1980 in Dortmund.

Auf der Dortmunder BDK im Juni 1980 wurde Vertretern der *Indianerkommune* schließlich Rederecht eingeräumt. Ihre Ausführungen stießen jedoch auf nur geringes Interesse: Im Berliner *Archiv Grünes Gedächtnis* befinden sich die Tonmitschnitte dieses Auftritts, und man ahnt, warum viele Delegierte den Saal verließen oder sich anderweitig unterhielten.⁸¹ Hauptredner war ein Junge, der sich zunächst gegen die Unterbringung von Jugendlichen in Heimen und Psychiatrien aussprach. Nach eigener Aussage gehörte dieser Junge jedoch selbst nicht zur *Indianerkommune*, und offensichtlich wurde ihm zugeflüstert, was er zu sagen habe. Ein substantieller Diskurs kam so nicht zustande. Nach drei Minuten übernahmen deshalb die Erwachsenen das Mikrofon und brachten neben der Wohnsituation in der *Indianerkommune* auch das Thema Pädophilie zur Sprache. Christoph Carl warf dabei den Delegierten vor, zwar über Ökologie und ihre Programme zu reden, nicht aber über ihre Gefühle. Nach 25 Minuten (statt der anvisierten zehn) hatten die *Indianer* das Podium nach mehrmaligen Aufforderungen endlich verlassen – weitestgehend ohne sich konkret zu kinder- und jugendpolitischen Fragen geäußert zu haben. So verwundert es auch nicht, dass die BDK eine eigene programmatische Plattform zu diesen Themen verabschiedete, anstatt sich direkt auf Veröffentlichungen der *Indianerkommune* zu beziehen.⁸² Ähnlich wie bei der Veranstaltung in der Bonner Beethovenhalle zeigte sich, dass die Gruppe um Ulrich Reschke mit dem ständig und vehement eingeforderten Rederecht nichts anzufangen wusste, wenn es ihnen einmal gewährt worden war.

Die *Grünen* stießen im Umgang mit den *Indianern* schnell an die Grenzen ihrer eigenen Toleranz und ihres Gebotes der Gewaltfreiheit. Dies wurde spätestens im September 1983 deutlich. Als Konzession an die Nürnberger Kommune (und weil es

81 Vgl. Die Grünen, Bundesdelegiertenversammlung 1980 in Dortmund (Audiomitschnitt), 21.–22.06.1980, AGG, ab 23:26.

82 Dies führte zu wütenden Protesten der *Indianerkommune*. IK: Fühlst du dich zuständig? Flugblatt, o.J. [1980], AGG, A Kelly, Petra, 2693.

weiterhin keinen Punkt ‚Kinder und Jugendliche‘ im Parteiprogramm der *Grünen* gab) hatte die Bundespartei eine Konferenz im nordrhein-westfälischen Kamp-Lintfort organisiert, bei der jugendspezifische Themen, inklusive der Forderungen der *Indianerkommune*, ausführlich diskutiert werden sollten. Das Treffen endete in einem Desaster. Fast 300 Interessierte waren angereist, darunter fünfzehn Erwachsene und Jugendliche aus dem Umfeld der *Indianerkommune*, die das gesamte Treffen dominierten und praktisch lahmlegten. Wer nicht über ihre Themen reden wollte, lief Gefahr, beleidigt, angespuckt oder tötlich angegriffen zu werden. Einer Frau wurde ein Teller mit Essen über den Kopf geschüttet. Ein Großteil der Delegierten reiste bereits bis zum Abend des ersten Tages resigniert wieder ab.⁸³

In der Folge war das Verhältnis zwischen *Grünen* und *Indianerkommune* deutlich getrübt. In mehreren Schreiben an die Bundesgeschäftsstelle wurde der Ausschluss Reschkes aus der Partei gefordert; auch sollten die ‚Indianer‘ nicht mehr auf Veranstaltungen der *Grünen* zugelassen werden. Dies stand in Konflikt mit dem eigenen Anspruch, ‚Betroffenen‘ und ‚Minderheiten‘ ein Forum zu bieten. Sogar selbst ernannte ‚Kinderrechtler‘ aus dem Umfeld der Pädophiliebewegung, wie der Gründer des *Kinderfrühlings Wiesbaden*, Karlo Heppner, wandten sich nun von der *Indianerkommune* ab.

Der Konflikt um die *Indianerkommune* zeigt beispielhaft, wie schwer sich die frühen *Grünen* damit taten, Forderungen und Vertreter_innen von (vermeintlich) Betroffenen auszuschließen, da dies an den Grundfesten der eigenen alternativen Subjektivität rüttelte.⁸⁴ Schon dieser kurze Exkurs zum Treffen in Kamp-Lintfort zeigt jedoch, dass die *Indianerkommune* keinesfalls eine „grüne Sturmtruppe“ war, wie dies Christian Füller behauptet hat.⁸⁵ So beschloss der Bundesvorstand der *Grünen* als Reaktion auf Kamp-Lintfort, keine Materialien der *Indianerkommune* mehr zu verschicken.⁸⁶ Daraufhin besetzten deren Mitglieder die Bundesgeschäftsstelle in Bonn. Wie sehr die *Indianerkommunard_innen* jedoch den Bogen überspannt hatten, lässt sich nicht zuletzt an der Tatsache ablesen, dass der Bundesvorstand die Polizei zu Hilfe rief und die Geschäftsstelle räumen ließ.⁸⁷

83 Vgl. Henning Keese an Die Grünen – Bundesvorstand: Diktatur in der Basisdemokratie oder Müssen wir alle grüne Indianer werden? Offener Brief an den Bundesvorstand der GRÜNEN, o. J. [1983]; Brief von Irmtraut Schmerda an Die Grünen – Kreisverbände, 27. 09. 1983; Hanna Korowski (Die Grünen Berlin): Kurzer Bericht über Eindrücke beim Kinder- und Jugendlichen-Kongress, 1983, alle in AGG, A Vogel, Werner, 39.

84 In diesem Sinne auch Klecha 2015.

85 Füller 2015, S. 181.

86 Vgl. Die Grünen – Bundesvorstand: Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes, 30. 09. 1983, AGG, B. I. 1., 552.

87 Zur Begründung wurde angeführt, mehrere Jugendliche hätten angedroht, sich vom Dach der Geschäftsstelle zu stürzen. Brief von Die Grünen – Bundesgeschäftsstelle, 09. 11. 1983, AGG,

Die letzten größeren Auseinandersetzungen zwischen Kommune und Partei lassen sich für das Jahr 1984 nachweisen. Während Aktivist_innen der *Indianerkommune* die bayerische Landesarbeitsgemeinschaft ‚Kinder und Jugendliche‘ zu einem festen Sprachrohr ihrer Forderungen machen konnten,⁸⁸ bemühte sich der Nürnberger Kreisverband darum, die Aufnahme weiterer Sympathisant_innen zu verhindern. Im April 1984 lehnte der Kreisverband die Aufnahmeanträge mehrerer Mitglieder der *Indianerkommune* endgültig ab.⁸⁹

Zur gleichen Zeit gewährte allerdings der bayerische Landesvorstand einer Beate E. Prozesskostenhilfe in Höhe von 1000 DM. E., Jahrgang 1960, muss kurz zuvor zur *Indianerkommune* gestoßen sein und war eines der Mitglieder, die sich vergeblich um Aufnahme in den Nürnberger Kreisverband bemüht hatten.⁹⁰ Ihre Wohnsitzangaben schwanken zwischen Nürnberg und Berlin, sodass auch denkbar ist, dass es sich bei ihr um ein Mitglied der Berliner *Oranienstraßenkommune* handelte.⁹¹ Sie war nach dem Verteilen von Flugblättern der *Indianerkommune* im Februar 1984 vom Amtsgericht München wegen ‚Verbreitung jugendgefährdender Schriften‘ verurteilt worden.⁹² Auch der Landesarbeitskreis *Frauen* solidarisierte sich daraufhin mit ihr.⁹³

Damit war erstmals seit der Abspaltung der *Oranienstraßenkommune* 1979/80 wieder eine erwachsene Frau nachweisbar Teil der Nürnberger *Indianerkommune*. Auch in anderen Dokumenten tauchen in dieser Zeit weitere Frauennamen auf; in den meisten Fällen handelte es sich offenbar um Jugendliche.⁹⁴ Im Namen der

B. I. I., 213; IK: Kein Platz in Deutschland, Flugblatt, o. J. [1983], AGG, B. I. I., 213.

88 Vgl. [Unterschriftenliste zur Unterstützung der Anträge der bayerischen LAG Kinder und Jugendliche], 1984, AGG, B. I. I., 38 (3).

89 Vgl. Brief von Harald Wilde an Die Grünen, Landesvorstand Bayern, 11. 04. 1984, AGG, C Bayern I, [11]; BAG SchwuP: Erklärung der Bundes-AG SchwuP (Schwule....) zur Nichtaufnahme von Jugendlichen aus der Indianerkommune durch den Kreisverband Nürnberg der GRÜNEN, 31. 03. 1984, AGG, C Bayern I, [11].

90 Vgl. BAG SchwuP: Presseerklärung der Bundes-AG SchwuP (Schwule....) zum Verhalten des Landesschatzmeisters der Grünen Bayern am 11. 3. 1984, 31. 03. 1984, AGG, C Bayern I, [11]; IK: Anträge der Indianerkommune an den Landesvorstand Bayern, o. J. [1984], AGG, C Bayern I, [11].

91 Vgl. IK: Neue Mütter braucht das Land, Flugblatt, 1984, ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune; IK: B. A. G. Wahn und I. a. g. Doku Nr. 2, Broschüre, Ende 1984/1985, ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

92 Vgl. Die Grünen – BAG SchwuP: Presseerklärung, 10. 09. 1984, AGG, B. II. I., 4306 (1). Zur Revision im Prozess vgl. IK: Gibt es schon wieder eine Volksgerichtshofjustiz? 1985, AGG, A Vogel, Werner, 39.

93 Vgl. Die Grünen – LAK Frauen Bayern: Stellungnahme des LAK Frauen, 01. 04. 1984, AGG, C Bayern I, [11].

94 Am häufigsten erwähnt werden Susanne und Karla L.; Karla L. wurde ab 1984 auf Flugblättern als presserechtlich Verantwortliche angegeben. IK: Ohne Titel [„Bitte als Kleinanzeige

„Mädchen der Indianerkommune“ wurden nun auch Mädchenspezifisch begründete Forderungen nach Befreiung von „Weiblichkeit“ und „bürgerliche[r] erwachsene[r] Frauenkultur“ formuliert.⁹⁵ Im Juni 1984 erschienen Beate E. und Susanne L. auf Einladung der BAG *Frauen* bei deren Tagung in Hannover, um dort ihre Positionen vorzustellen.⁹⁶ Ihre Kritik an Heimerziehung, bürgerlicher Kleinfamilie, mädchen-spezifischer Erziehung zu Sauberkeit und Unterdrückung kindlicher Sexualität stieß auf ausdrückliche Zustimmung. Doch ließe diese Kritik nicht darüber hinwegtäuschen, so die BAG *Frauen*, dass die *Indianerkommune* keine gesellschaftliche Lösung zu bieten habe. Ebenfalls wurde klargestellt, dass „die Mitglieder der Indianerkommune nicht Kinder sind, die für die Rechte von Kindern kämpfen, sondern Pädophile, die für das Recht auf Pädophilie kämpfen“.⁹⁷ Gerade an diesem Punkt wurden die Differenzen offensichtlich: es gehe nicht an, so die Kritik, dass sich Frauen bei den *Grünen* für die strafrechtliche Verfolgung von Vergewaltigung in der Ehe einsetzten und gleichzeitig solche Bestände aus dem Strafrecht streichen ließen, die sexuellen Missbrauch betrafen. Dies umso weniger, als dass die überwiegende Mehrheit solcher Taten von Männern an Mädchen und jungen Frauen begangen würde. Die Ablehnung der *Indianerkommune* durch die Bundesfrauen-AG fußte nicht zuletzt auf einer genderspezifischen Konstruktion von Pädophilie als einem rein männlichen Phänomen. Weibliche Pädophilie sei „statistisch irrelevant“⁹⁸ – eine Position, die bereits 1980 Alice Schwarzer in einem viel beachteten Gespräch mit Günter Amendt vertreten hatte.⁹⁹

veröffentlichen und weitersagen“], Flugblatt, o. J. [1984?], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune; IK: Gesundes Volksempfinden, Flugblatt, o. J. [1985?], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, [grauer Umschlag „Nürnberg“]. Susanne L. („Sula“) war Mitglied im Kreisverband Nürnberg und im Bundeshauptausschuss der Grünen. IK: Anträge an den BHA in Kaiserslautern Jan. 84, o. J. [1983], AGG, B. I. I., 214; [Unterschriftenliste zur Unterstützung der Anträge der bayerischen LAG Kinder und Jugendliche], 1984, AGG, B. I. I., 38 (3).

95 Die Mädchen der Indianerkommune: Mädchen fordern Rechte, 1984, AGG, B. II. I., 4306 (1).

96 Vgl. Einladung zur Bundesfrauen-AG vom 22.–24.6.84 in Hannover, 23.05.1984, AGG, B. II. I., 4306 (1); Brief von Die Grünen Niedersachsen – Landesfrauenreferat an Barbara Bussfeld, 24.05.1984, AGG, B. II. I., 4306 (1).

97 Protokoll der Bundesfrauen-AG am 23./24.6. in Hannover, 1984, AGG, B. II. I., 4306 (1).

98 Ebd.

99 Vgl. Schwarzer/Amendt 1980. In diesem Gespräch äußerte Schwarzer u. a.: „Ich persönlich bezweifle sehr grundsätzlich, daß Frauen überhaupt pädophil, das heißt sexuell zwanghaft auf Kinder fixiert, sein können. Warum? Weil Sexualität für Frauen nicht Ausübung von Herrschaft ist.“ Aus dieser Aussage lässt sich zweifellos mehr über das Frauenbild in Teilen der Frauenbewegung erfahren als über das Wesen der Pädophilie. Die Negierung weiblicher Pädophilie ist bis heute Bestandteil psychiatrischer Kategorisierungen. Die dringend notwendige, kritische wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung dieser Konstruktion steht noch aus.

Zeit ihres Bestehens konnte die *Indianerkommune* auf einzelne Unterstützer_innen innerhalb der Partei *Die Grünen* bauen. Dies betraf einerseits Personen, die mit den pädophilen Positionen der Gruppe sympathisierten, wie etwa Werner Vogel oder die *BAG Schwule und Päderasten (SchwulP)*. Eingeschränktere Unterstützung erfuhren sie von (überwiegend weiblichen) *Grünen*-Mitgliedern, die sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzten und etwa die Kritik an Heimwesen, staatlichen Schulen und repressiver (Sexual-)Erziehung teilten, ohne dabei die Forderung nach Abschaffung des Sexualstrafrechts zu übernehmen. Auch wenn die Auseinandersetzungen um das Thema Pädophilie innerhalb der *Grünen* andauerte, bot die Partei ab Mitte der 1980er Jahre den Aktivist_innen der *Indianerkommune* kein Forum mehr. Als Ulrich Reschke 1984 in Hamburg für den Bundesvorstand kandidierte, wurde ihm konsequent nach Ablauf seiner Redezeit das Wort entzogen.¹⁰⁰ Auch andere Mitglieder der *Indianerkommune* sahen sich mit einer entschlosseneren Versammlungsleitung konfrontiert. Der Auftritt der *Indianerkommune* wurde nun nur noch als „Unterhaltung und ein bißchen Nervenkitzel“ wahrgenommen.¹⁰¹

Diskurse

Wie schon in einigen Zitaten anklang, zeichneten sich die Äußerungen von Mitgliedern der *Indianerkommune* weniger durch kohärente Argumentationen als vielmehr durch deren Abwesenheit aus. Dies zeigte sich auch auf der Ebene des Sprechens selbst: „Ein Gespräch ist kaum möglich“, resignierte eine Journalistin der ‚Stuttgarter Nachrichten‘. „Sie schreien, winseln, jaulen, reden durcheinander, kaum daß ich ihre Forderungen halbwegs zusammenhängend mitbekomme.“¹⁰² Schreien galt dabei als Ausdruck eines unmittelbaren Zugangs zu den eigenen Gefühlen und somit als eine Form authentischer Kommunikation. Die Inhalte, die zu transportieren waren, lagen so nicht im gesprochenen Wort, sondern in der Form des Sprechens selbst.

Das unverständliche Schreien und Durcheinanderreden fand seine Entsprechung auf schriftlicher Ebene. Das Bleiwüsten-Layout der Rundbriefe und Flugblätter, ihre

¹⁰⁰ Die Grünen, Bundesversammlung Hamburg 1984 (Audiomitschnitt), 07.-09.12.1984, AGG, TK-315_27, Min. 21:00–26:22. Siehe auch Ulrich Reschke: bitte um unterstützung für meine kandidatur zum neuen bundesvorstand der grünen, 1984, AGG, B. I.1., 37 (1); Sabine Lang: Kandidatur zum Bundesvorstand der Grünen, 1984, AGG, B. I.1., 37 (1); Die Grünen – Bundesvorstand: Hamburg im Wortlaut: Perspektiven grüner Politik. Protokoll der 7. Bundesversammlung der GRÜNEN vom 7.–9. 12. 1984 in Hamburg, 1985, AGG, B. I.1., 37 (2), 64g, 64h.

¹⁰¹ Ebd., 64g, 64p.

¹⁰² Schulz 1980.

Mischung aus Pamphleten, handschriftlich ergänzten Zeitungsmeldungen, Briefen etc. machten ihre Lektüre ebenso schwierig wie die fehlende Stringenz der eigenen Argumentationen. Auch in der Störung von Veranstaltungen durch Gebrüll oder ‚Kriegsgeheul‘ zeigte sich vor allem eine laute Sprachlosigkeit – ein Eindruck, der durch die weitgehende Inhaltsleere sprachlicher Äußerungen, sobald einmal das Rederecht erzwungen worden war, eindrücklich bestätigt wurde. In der Störung von Veranstaltungen erscheinen die Sprechakte der *Indianerkommunard_innen* somit zunächst als Störung des Diskurses selbst, als Versuch, das „große Wuchern des Diskurses“¹⁰³ einzuhegen und das Sprechen der anderen zu kontrollieren. Eine argumentative Auseinandersetzung mit anderen Positionen fand kaum statt. Und doch ist ein Blick auf die Aussagen der *Indianerkommune* unerlässlich. Denn oft genug distanzieren sich Außenstehende zwar von der Form der Auseinandersetzung, standen den Anliegen der *Indianerkommune* hingegen weiterhin wohlwollend gegenüber.

Ulrich Reschke besaß ein feines Gespür für die Themen des alternativen Milieus. Referenzen finden sich nicht nur zu antiautoritärer (Sexual-)Erziehung oder zur Emanzipation sexueller Minderheiten, sondern auch beispielsweise zu Konsumkritik, Wettrüsten, Feminismus oder Ökologie. Diese wurden dann wiederum mit den Kernthemen der *Indianerkommune* – Kinderrechte und Legalisierung pädosexueller Handlungen – in Verbindung gebracht. So war der Konsumverzicht von Anfang an ein zentrales Merkmal der *Indianerkommune*. „[W]ir versuchen, ohne Konsum, dafür aber mit offener, auch aggressiv geforderter Zärtlichkeit zu leben“, hieß es beispielsweise in einem Flugblatt.¹⁰⁴ Zwar bestand kein logischer Zusammenhang zwischen Konsumverzicht und Zärtlichkeit; aber Konsumkritik war ein bedeutender diskursiver und identitätsstiftender Aspekt der Neuen Linken.¹⁰⁵ Indem die *Indianerkommune* daran anknüpfte, bediente sie Vorstellungen eines ‚authentischen Lebens‘ in der Kommune, zu dem „aggressiv geforderte Zärtlichkeit“ dazuzugehören schien.

Im Beispiel des Konsumverzichts scheint bereits die Schaffung von Gegensatzpaaren als strategisches Mittel auf: Dem (erwachsenen) Konsum wurde (kindliche) Zärtlichkeit entgegengestellt. Diese Tendenz zur Dichotomisierung zeigte sich besonders deutlich dort, wo es um vermeintliche Faschismen und die ‚Repression‘ gegen die *Indianerkommune* ging. Mit dem inflationären Gebrauch des Begriffs ‚Faschismus‘ befand sich die *Indianerkommune* innerhalb der Neuen Linken einerseits in guter Gesellschaft. Dies nicht zuletzt deshalb, weil diese den Kampf gegen eine restriktive Sexualmoral als antifaschistisches Projekt begriff, wie Dagmar Herzog herausgearbeitet

103 Foucault 1974, S. 34.

104 IK: Kinderbefreiungsfront – Erziehung? Nein danke!, Flugblatt, o. J. [1982 oder 1983], ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Subkultur überregional.

105 Poiger 2006.

hat.¹⁰⁶ So ist in einem Flugblatt von 1981 von einem „Faschismus gegen Kinder“ die Rede, die zu Tausenden in Heime „deportiert“ und millionenfach in „Konzentrations-schulen“ interniert seien.¹⁰⁷

Neben der Schmähung politischer Gegner als ‚Faschisten‘ fand also eine gehörige Selbstviktimsierung statt. Der gesamte Konnex von Heimerziehung, familialer Gewalt und Psychiatriekritik erzeugte das Bild einer durch und durch kinderfeindlichen Gesellschaft; als einziger Ausweg blieb das Leben in der Kommune. Pädagogischer *Erziehung* setzten sie die (sexualisierte) *Beziehung* gegenüber und forderten „Schmusen statt Schulen. Weg mit §§ 175 und 176“.¹⁰⁸ Ähnliche Gegensätze wurden zur Heimerziehung oder zur Jugendpsychiatrie konstruiert. Berechtigte Kritik etwa an familialer Gewalt oder am Fürsorgesystem wurde so in einen scheinbar direkten Gegensatz zu Pädophilie als ‚Kinderliebe‘ gebracht.

Katharina Trittel und Jöran Klatt haben auf den ambivalenten Kindheitsbegriff in den Schriften der Kommune verwiesen. Kindheit wurde einerseits als Zustand der Unterdrückung beschrieben, den es durch die ‚Betroffenen‘ abzulehnen und aufzuheben gelte. Andererseits erschien Kindheit als ein Idealzustand und als „utopische Projektionsfläche“.¹⁰⁹ Wer dabei als Kind, als Jugendlicher und als Erwachsener galt, blieb unklar; vor allem die Grenze zwischen Kindern und Jugendlichen wurde verwischt.¹¹⁰ ‚Kindliche Sexualität‘ konnte so auf vielerlei Weise verstanden werden: von kindlichen ‚Doktorspielen‘ über Liebesbeziehungen zwischen zwei Jugendlichen bis zu sexuellen Handlungen zwischen Kindern und Erwachsenen, denen das Sexualstrafrecht im Wege stand.

Auch die Grenze zwischen Kindern und Jugendlichen einerseits und ‚(v)erwaxenen‘ andererseits (ein Begriff, der in zahlreichen Schriftstücken auftaucht), war alles andere als eindeutig. Wie im Begriff des ‚(v)erwaxenen‘ bereits angelegt ist, erschien Erwachsensein als eine Fehlentwicklung. „Je erwachsener der Mensch, desto unreifer, desto dümmere, desto gewalttätiger!“, formulierte Reschke in einem Interview.¹¹¹ Pädophile Männer und Frauen, so der Subtext, hätten sich jedoch durch ihre Fähigkeit zur Liebe zu und mit Kindern selbst etwas Kindliches bewahrt. Und so verschwammen auch die Grenzen zwischen kindlicher und (pädagogischer) erwachsener Sexualität.¹¹²

106 Vgl. Herzog 2005, v. a. S. 187–211; Herzog 1998.

107 IK: Ulli ist ein politischer Gefangener, Flugblatt, 1981, ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Subkultur überregional.

108 Reschke 1982a, S. 7. „Die Pädagogen müssen endlich erkennen, daß ihr Konzept ‚Erziehung statt Beziehung‘ für die Lösung von Ausreißerproblemen völlig ungeeignet ist.“ Huter 1982a, S. 35.

109 Trittel/Klatt 2015, S. 97. Der Wunsch nach ‚Abschaffung der Kindheit‘ war allerdings seit den späten 1960er Jahren ein wiederkehrender Topos in Teilen der Linken. Vgl. Horx 1981, S. 100 f. sowie Baader in diesem Band.

110 Vgl. Baader/Sager 2010; Baader 2012.

111 Huter 1982.

112 Vgl. Häberlen 2016.

Welche konkrete Form die pädosexuelle Praxis denn annehme, wurde jedoch an keiner Stelle ausgeführt. Hinter Begriffen wie ‚Liebe‘, ‚Zärtlichkeit‘ oder ‚Schmusen‘ wurden die konkreten sexuellen Akte unsichtbar gemacht. Diese „leeren Signifikanten“¹¹³ dienten so als Möglichkeit, sich mit den Anliegen der *Indianerkommune* zu identifizieren – gerade weil unklar blieb, was diese Begriffe genau bezeichneten, und weil sie die antagonistischen Gegenpunkte zu negativ besetzten Begriffen wie ‚Unterdrückung‘, ‚Brutalität‘ oder ‚Konsum‘ bildeten.

Durch die weitgehende Befreiung zentraler Begrifflichkeiten von ihren Inhalten war es möglich, diese zueinander ins Verhältnis zu setzen. Alles konnte mit allem zusammenhängen: „die Abhängigkeit von der Kleinfamilie, das Getrimmt werden auf Zwangserwachsenenficksexualität bewirken Bewußtseinspaltung und schließlich Kernspaltung“, hieß es beispielsweise unter der Überschrift „Laßt die Kinder frei lieben, dann wird es keine [AKWs] mehr geben“.¹¹⁴ Die Veröffentlichungen der *Indianerkommune* rutschten so immer wieder ins Absurde. Doch liegt hier auch der Schlüssel zum Verständnis dafür, warum die *Indianerkommune* immer wieder auf so großes Verständnis treffen und in ihren Anliegen ernstgenommen werden konnte. Die enorme Bandbreite der angeschnittenen Themenfelder machte es Aktivist_innen aus dem politischen Umfeld der Kommune leicht, inhaltliche Anknüpfungspunkte zu finden: antiautoritäre Erziehung, Antipädagogik, Kritik an Heimerziehung und Psychiatrie, Zurückweisung von hegemonialen Männlichkeiten, homosexuelle Emanzipation, Konsumkritik, Furcht vor atomaren Katastrophen und Krieg, Sexualerziehung, Anti-repressionsarbeit – damit war das Handlungsfeld des alternativen Milieus beinahe umfassend abgedeckt.

Die Verknüpfung all dieser Themen mit der Forderung nach Abschaffung des Sexualstrafrechts machte eine Solidarisierung schwierig.¹¹⁵ Die Unbestimmtheit der verwendeten Begrifflichkeiten half über diese Hürde jedoch hinweg. Waren die interdiskursiven Links¹¹⁶ der Kommunard_innen selbst oft völlig abwegig, so schrieben Außenstehende den Verlautbarungen der *Indianerkommune* eine Kohärenz ein, die im Original nicht vorhanden war. So verabschiedete die Bundesversammlung der *Grünen*, beeinflusst durch die *Indianerkommune*, im November 1982 eine

113 So Sarasin 2003 im Rückgriff auf die Arbeiten Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes.

114 IK: Stellt Euch einmal vor: alle Erwachsenen würden entmündigt und bestraft, wenn sie miteinander schlafen. Laßt die Kinder frei lieben, dann wird es keine [AKWs] mehr geben, Flugblatt, o. J., ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune. Anstelle des Wortes AKW befand sich die gezeichnete Silhouette eines Atommeilers. Im Gegensatz zu Trittel und Klatt sehe ich statt der Kriegsmetaphorik eher die Vernichtungsfantasien als zentralen Diskursstrang (der auch die Felder Faschismus, Repression, Psychiatrie, Atom und nicht zuletzt Indianer verbindet).

115 Vgl. die Beiträge in Walter/Klecha/Hensel 2015.

116 Vgl. Link 1983.

Resolution, in der es u. a. hieß: „Konsum ist ein Ersatz für die Sehnsucht nach verlorener Zärtlichkeit und Kindheit. [...] Erwachsene schaffen Konsum, Statussymbole und Gesetze, die sich gegen die Zärtlichkeit und Selbstentfaltung der Minderjährigen richten.“¹¹⁷

Die *Indianerkommune* stellte eine Struktur bereit, die es erlaubte, verschiedene Diskursstränge miteinander zu verknüpfen. Aktivist_innen mit teilweise entgegengesetzten Positionen – etwa aus der Frauen- oder Schwulenbewegung, Pädophile und Kinderrechtler_innen, radikale Linke oder *Grüne* – fanden so in der *Indianerkommune* paradoxerweise nicht nur einen nervtötenden Störenfried, sondern auch einen gemeinsamen politischen Bezugspunkt – zumindest für eine Weile.

Fazit

Mitte der 1980er Jahre verliert sich die Spur der *Indianerkommune*, auch wenn noch bis Ende der 1990er Jahre Veröffentlichungen auftauchten, die zwar nicht unter dem Namen der *Indianerkommune* publiziert waren, aber deren Anschrift oder Telefonnummer als Kontakt aufführten.¹¹⁸ Damit teilte sie das Schicksal anderer Akteur_innen (und Diskursstränge), die für eine Legalisierung pädosexueller Beziehungen eingetreten und vom neuen Diskurs des ‚Missbrauchs‘ marginalisiert worden waren. Auch hatte das Thema Sexualität für das links-alternative Milieu zunehmend an Bedeutung verloren; Reformen in Jugendfürsorge und -schutz sowie die zunehmende Emanzipation homosexueller Jugendlicher entzogen der *Indianerkommune* ihre Legitimationsgrundlagen.¹¹⁹ Nicht zuletzt war wohl die Geduld aller Beteiligten, sich mit den Kommunar_innen auseinanderzusetzen, an ein Ende gelangt.

Gleichwohl wäre es falsch, die Nürnberger *Indianerkommune* nur als skurrile Fußnote der Geschichte zu begreifen. Ihre Bedeutung ergibt sich einerseits aus der enormen Resonanz, die sie bei politischen, pädagogischen und jugendlichen Akteur_innen über einen vergleichsweise langen Zeitraum auszulösen vermochte. Dabei zeigen sich Traditionslinien zur Bewegung gegen die Heimerziehung der späten 1960er Jahre ebenso wie zur Antipädagogik. Auch zur Antipsychiatrie, die mit dem Sozialistischen Patientenkollektiv ebenfalls eine ihrer bedeutendsten Wurzeln in Heidelberg hatte, lassen sich Kontinuitäten aufzeigen. Nicht zuletzt verweist die *Indianerkommune* auf die Schwierigkeit, kindliche und jugendliche Agency zwischen *Jugendschutz* und *Kinderrechten* zu verorten, auch jenseits der Frage sexueller

117 Zitiert in: Die Grünen: Zur Kinder- und Jugendfrage, mehrseitiger Flyer, o. J., AGG, C NRW I.1, 424 (3), S. 3.

118 Vgl. die Bestände ASM, Dt. Städte – Nürnberg (Umschlag „Kinderrechtgruppe/Nußbaum“) sowie Dt. Städte – Berlin, Autonome Pädö-Bewegung.

119 Paternotte 2014.

Selbstbestimmung.¹²⁰ Gerade das Beharren auf kindlicher ‚Autonomie‘ brachte die *Indianerkommune* auch in Konflikt mit der Pädophiliebewegung. Sie erscheint so weniger als ein Ort pädophiler Organisation oder Ergebnis übertriebener Liberalisierung von Erziehung und Sexualität im Nachklang von ‚1968‘, sondern als Indikator für größere Auseinandersetzung um Kindheit, Jugend, ihre Räume und ihre Grenzen im späten 20. Jahrhundert.

Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

Archiv des Schwulen Museums, Berlin (ASM)
 Archiv für soziale Bewegungen in Baden, Freiburg (ASB)
 Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin (AGG)
 Stadtarchiv Nürnberg (StadtAN)

Gedruckte Quellen

APIN, Nina (2010): Kuschneln mit den Indianern. In: taz (22. 04. 2010).
 APIN, Nina (2011): Nicht nur die Indianer. In: taz (22. 01. 2011).
 BACHNICK, Dieter/SCHÄDLICH, Rainer (Hg.) (1986): ... alle Schwestern werden Brüder ... Berlin.
 BERNARD, Frits (1988): Pädophile Gruppen der Welt. Ein Überblick von Frits Bernard. In: LEOPARDI, Angelo [Joachim S. Hohmann] (Hg.): Der pädosexuelle Komplex. Berlin/Frankfurt am Main, S. 313–323.
 BRAUNMÜHL, Ekkehard von (1975): Antipädagogik. Studien zur Abschaffung der Erziehung. Weinheim.
 ECKERT, Albert (1987): Pädobewegung vorübergehend geschlossen. In: Siegesssäule 7, S. 14–15.
 HOMES, Alexander M. (1983): Die Kinder von Rummelsberg. In: Plärrer 4, S. 8–10.
 HORX, Matthias (1981): Alte Utopie und neue Wut. Frankfurter Szenen. In: Kursbuch 65, S. 91–105.
 HUTER, Harald (1982): Außerhalb der Norm. Ulrich R. steht vor der Psychiatrisierung. In: Plärrer 1, S. 34.
 HUTER, Harald (1982a): ‚Erziehung ist immer ein Gewaltverhältnis‘. Gespräch mit Ulrich Reschke. In: Plärrer 7, S. 34–36.
 INDIANERKOMMUNE HEIDELBERG (1978): Treffen für Konsumverweigerer, homosexuelle Jugendliche, Pädofile und Päderasten. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 222, S. 4.
 INDIANERKOMMUNE NÜRNBERG [IK] (1978): An alle unter acht + zehn. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 239, S. 4–5.

120 Vgl. Baader 2012, S. 95.

- IK (1979): Hungerstreik der Indianerkommune. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 286, S. 11.
- IK (1979a): Rundbrief der Indianerkommune (Februar/März).
- IK (1980): Rundbrief der Indianerkommune (Sommer 1980).
- IK (1980a): Aktionen der ‚Indianerkommune‘. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 326, S. 13.
- IK (1980b): Gegendarstellung zum Emanzipazjoonartikel von Elmar und Norbert. In: BACHNICK, Dieter/SCHÄDLICH, Rainer (Hg.): ...alle Schwestern werden Brüder... Berlin, S. 104–109.
- IK (1982): Rattenfänger. Eine Zeitung aus der Indianerkommune (Frühling/Sommer).
- IK (1982a): Indianerkommune. In: KOMM-Zeitung 25 (Dez. 1981/Jan. 1982), S. 12–13.
- IK (1984): Rattenfänger. Eine Zeitung aus der Indianerkommune (Winter 1983/84).
- IK (1989): Jeden Morgen Hass. Schule [Broschüre, ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune].
- LORENZ, Karin (1979): ‚Zärtlichkeit und freie Sexualität‘. Nürnbergs Indianer im Hungerstreik. In: Abendzeitung (13. 06. 1979), S. 18.
- MAYER, Verena (2015): Draußen vor der Tür. In: Süddeutsche Zeitung (28. 09. 2015), S. 8.
- N. N. (1977): Hausbesetzung im Engelblock. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 185, S. 7.
- N. N. (1977a): Neueste Meldung. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 188/189, S. 11.
- N. N. (1979): Indianerkommune Nürnberg. In: taz (07. 05. 1979), S. 4.
- N. N. (1979a): Polizei gegen ‚freie Zärtlichkeit für Kinder‘. In: taz (07. 06. 1979).
- N. N. (1979b): Hungerstreik im Jahr des Kindes. In: taz (25. 06. 1979), S. 6.
- N. N. (1980): Hungerstreik: Für das Recht auf Ausziehen von zuhause, egal wohin und mit wem! In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 329, S. 24.
- N. N. (1980a): Hungerstreik für Peter Hartleb. In: die zeitung (Rundbrief extra) 1 [ASM, DSAP, 6 – Rundbriefe und Zeitungen I], S. 37.
- N. N. (1981): Sundari, 13, aus Bombay kostet 30 Mark. In: Quick 36, S. 54–58.
- N. N. (1982): Benefizkonzert für die Indianerkommune [Veranstaltungshinweis]. In: KOMM-Zeitung 25 (Dez. 1981/Jan. 1982), S. 12.
- N. N. (1984): ‚Wir klagen an: die Tübinger Justiz‘. In: taz (10. 12. 1984).
- N. N. (1986): Wortprotokoll der Veranstaltung am 12.07.80 in der Bonner Beethovenhalle. In: BACHNICK, Dieter/SCHÄDLICH, Rainer (Hg.): ... alle Schwestern werden Brüder ... Berlin, S. 222–241.
- N. N. (1993): Hungerstreik-Info Nr. 2. Berlin [ASM, Kat. Dt. Städte, Berlin, Autonome Pädö-Bewegung].
- RESCHKE, Ulrich (1982): Erklärung von Ulli zu seinem Prozess. In: KOMM-Zeitung 25 (Dez. 1981/Jan. 1982), S. 12–13.
- RESCHKE, Ulrich (1982a): Sexualität auslöschar [Leserbrief]. In: Plärrer 3, S. 6–7.
- RESCHKE, Ulrich (1983): Ein Stich ins Wespennest. In: Plärrer 7, S. 25.
- ROTH, Jürgen (1973): Zum Beispiel Kinderheime. Kindersexualität: Jagdszenen aus Westdeutschland. In: betrifft: erziehung 4, S. 31–36.

- SCHULT, Peter (1980): Zur Situation der Pädophilie-Bewegung in der BRD. Rückblicke und Perspektiven. In: Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten 321, S. 25–30.
- SCHULZ, Christine (1980): ‚Haut ab von zu Hause, nur Sex macht euch frei‘. In: Stuttgarter Nachrichten (24. 07. 1980).
- SCHUSTER, Klaus (1981): Schrei in die Stille. Die ‚Kinder‘ nach der Verhaftung von Ulli R. In: Plärrer 6, S. 32–33.
- SCHWARZER, Alice/AMENDT, Günter (1980): Wie frei macht Pädophilie? In: EMMA 4, S. 26–31.
- STÜBEN, Olaf (1980): Kinderschänder. Eindrücke und Gedanken zum überregionalen Treffen der DSAP vom 9. bis 11. 11. 1979 in Moers. In: die zeitung (Rundbrief extra) 1 [ASM, DSAP, 6 – Rundbriefe und Zeitungen I], S. 18–20.
- WENDT, Alexander/HEIN, Jan-Philipp (2013): Das böse Kapitel der Grünen. In: Focus (12. 08. 2013), verfügbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-32917/report-das-boese-kapitel-der-gruenen_aid_1068140.html, letzter Zugriff: 11. 01. 2017.

Literatur

- BAADER, Meike Sophia (2012): Blinde Flecken in der Debatte über sexualisierte Gewalt. In: THOLE, Werner u. a. (Hg.): Sexualisierte Gewalt, Macht und Pädagogik. Opladen/Berlin/Toronto, S. 84–99.
- BAADER, Meike Sophia (2014): Das Recht auf Glück im Hier und Jetzt. Neue Subjektivität, Frauenbewegung und Kindererziehung um 1970. In: KETELHUT, Klemens/LAU, Diana (Hg.): Erziehungsgeschichte/n. Kindheiten – Selbstzeugnisse – Reflexionen. Köln/Weimar/Wien, S. 15–36.
- BAADER, Meike Sophia/SAGER, Christin (2010): Die pädagogische Konstitution des Kindes als Akteur im Zuge der 68er-Bewegung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 5, S. 255–269.
- FOUCAULT, Michel (1974): Die Ordnung des Diskurses. München.
- FÜLLER, Christian (2015): Die Revolution missbraucht ihre Kinder. Sexuelle Gewalt in deutschen Protestbewegungen. München.
- HÄBERLEN, Joachim C. (2016): Feeling Like a Child: Dreams and Practices of Sexuality in the West German Alternative Left during the Long 1970s. In: Journal of the History of Sexuality 2, S. 219–245.
- HAUMANN, Sebastian (2011): „Stadtindianer“ and „Indiani Metropolitani“: Recontextualizing an Italian Protest Movement in West Germany. In: KLIMKE, Martin/PEKELDER, Jacco/SCHARLOTH, Joachim (Hg.): Between Prague Spring and French May. Opposition and Revolt in Europe, 1960–1980. New York, S. 141–153.
- HENSEL, Alexander/NEEF, Tobias/PAUSCH, Robert (2015): Von „Knabenliebhabern“ und „Power-Pädos“. Zur Entstehung und Entwicklung der westdeutschen Pädophilen-Bewegung. In: WALTER, Franz/KLECHA, Stephan/HENSEL, Alexander (Hg.) (2015): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte. Göttingen, S. 136–159.
- HERZOG, Dagmar (1998): „Pleasure, Sex, and Politics Belong Together“: Post-Holocaust Memory and the Sexual Revolution in West Germany. In: Critical Inquiry 2, S. 393–444.

- HERZOG, Dagmar (2005): Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. München.
- KAPPELER, Manfred (2011): Fürsorge- und Heimerziehung – Skandalisierung und Reformfolgen. In: BAADER, Meike Sophia/HERRMANN, Ulrich (Hg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München, S. 65–87.
- KLECHA, Stephan (2015): Niemand sollte ausgegrenzt werden: Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen. In: WALTER, Franz/KLECHA, Stephan/HENSEL, Alexander (Hg.) (2015): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte. Göttingen, S. 160–227.
- LINK, Jürgen (1983): Elementare Literatur und generative Diskursanalyse. München.
- PATERNOTTE, David (2014): The International (Lesbian and) Gay Association and the Question of Pedophilia: Tracking the Demise of Gay Liberation Ideals. In: Sexualities 1/2, S. 121–138.
- POIGER, Uta G. (2006): Imperialism and Consumption: Two Tropes in West German Radicalism. In: SCHILD, Axel/SIEGFRIED, Detlef (Hg.): Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980. New York/Oxford, S. 161–172.
- REICHARDT, Sven/SIEGFRIED, Detlef (Hg.) (2010): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983. Göttingen.
- SAGER, Christin (2008): Das Ende der kindlichen Unschuld. Die Sexualerziehung der 68er-Bewegung. In: BAADER, Meike Sophia (Hg.): „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!“ Wie 1968 die Pädagogik bewegte. Weinheim/Basel, S. 56–68.
- SARASIN, Philipp (2003): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse. In: SARASIN, Philipp (Hg.): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse. Frankfurt am Main, S. 10–60.
- TORREALTA, Maurizio (2007): Painted Politics. In: LOTRINGER, Sylvère/MARAZZI, Christian (Hg.): Autonomia. Post-political Politics. Los Angeles, S. 102–106.
- TRITTEL, Katharina/KLATT, Jöran (2015): ‚Stück für Stück holen wir uns unsere Kindheit zurück!‘ Antipädagogik und Paradoxien des Erziehungsdiskurses. In: WALTER, Franz/KLECHA, Stephan/HENSEL, Alexander (Hg.) (2015): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte. Göttingen, S. 85–107.
- WALTER, Franz/KLECHA, Stephan/HENSEL, Alexander (Hg.) (2015): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte. Göttingen.
- WALTER, Franz (2015): Die Grünen und die Last des Libertären – Ausblick. In: WALTER, Franz/KLECHA, Stephan/HENSEL, Alexander (Hg.) (2015): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte. Göttingen, S. 252–270.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Rundbrief der Indianerkommune, Frühjahr 1980. ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

Abbildung 2: Rundbrief der Indianerkommune, Sommer 1980, S. 63–64. ASM, Dt. Städte, Nürnberg, Indianerkommune.

Abbildung 3: Sven Simon Fotoagentur.